

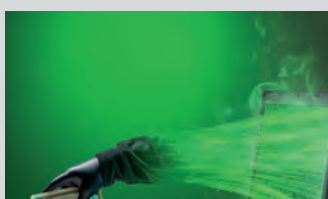
WIRTSCHAFTSforum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

Die grüne Deindustrialisierung



Die gewollten Folgen der deutschen Klimapolitik



Schwerpunkt – Seite 4
Mehr Fakten in die CO₂-Debatte



Schwerpunkt – Seite 12
CBAM: Klimaschutz oder Bürokratiemonster?



MIT Land – Seite 32
Farbengewirr



Wirtschaft – Seite 42
Raus aus der Krise

Inhalt

18

Preis mit Nebenkosten
Komplexität und Lose-Lose-Situationen



36

Mittelstand in Europa

3 Vorwort

Schwerpunkt

- 4 Mehr Fakten und Vernunft in die CO₂-Debatte
- 8 Risiken und Auswirkungen des CO₂-Preises
- 10 Ein kritischer Blick auf den grünen Heilsbringer der CO₂ Vermeidung
- 12 CBAM: Klimaschutz oder Bürokratiemonster?
- 14 Ist Co₂- Handel ein Wirtschaftsnachteil für Deutschland oder weltweit getragene Verantwortung für das Klima?
- 16 Deutschland rettet die Welt ... bis es bankrott ist!
- 18 Preis mit Nebenkosten

Aus den Kreisen & Bezirken

- 20 Aktuelles aus Baden-Württemberg

MIT Land

- 30 „Ich bin neu in der MIT, weil ...“
- 31 Nachruf
- 32 Farbengewirr
- 33 MIT Mensch Manu

Europa

- 36 Mittelstand in Europa
- 39 Deutschland sichern

Wirtschaft

- 40 Solarpaket I: Weg frei für den schnellen Ausbau der Photovoltaik?
- 42 Raus aus der Krise
- 45 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
- 46 MIT vor Ort / Impressum
- 47 Mitglied werden



20

BUGA ade – doch was bleibt?

MIT Land

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... ich mit meinen internationalen Erfahrungen in der Industrie die digitale Transformation im Mittelstand unterstützen möchte.“

„... Erhards Wohlstand für alle die Grundlage für die Beständigkeit unserer Demokratie war und auch weiterhin sein wird.“

„... es ohne einen sicheren und leistungsstarken Mittelstand bald kein funktionierendes „System Deutschland“ geben wird!“

Nils Kantola
Unternehmensberater
MIT Baden-Baden

Sandro Noel Rittershofer
Student des Wirtschaftsingenieurwesens
MIT Karlsruhe-Stadt

Christof Weber
Geschäftsführer
MIT Göppingen

30

Ich bin neu, weil ...

Liebe Mittelständlerinnen, liebe Mittelständler, liebe Leserinnen und Leser,

Zitat: „Ich mache ihm ein Angebot, das er nicht ablehnen kann.“ Don Vito Corleone, der Pate Teil I, Mafiaepos.

Wer den Filmklassiker kennt, weiß, dass das Angebot beim Empfänger bzw. „Kunden“ nicht gerade auf Gegenliebe gestoßen ist. Oder um es marktwirtschaftlich auszudrücken, es gab zwar ein Angebot aber keine Nachfrage. Letztendlich funktionierte im Filmklassiker das Geschäft und das „Angebot“ wurde tatsächlich angenommen.

Nun aber zum Kern der heutigen Ausgabe des Wifo und warum werden an dieser Stelle Filmzitate aus Mafiafilmen zum Besten gegeben. Es geht um die CO₂-Abgabe. Diese erfreut sich nicht gerade großer Beliebtheit, denn sie ist nur wieder eine weitere Belastung für die Wirtschaft in ohnehin schon stark belasteten Zeiten. So langsam dämmert es nämlich selbst den etwas Langsameren in diesem Land, dass die als Erfolgsgeschichte verkaufte Mär von der sogenannten ökologisch-ökonomisch und sozialen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in allererster Linie teuer ist. Damit die Ablehnung dennoch nicht ins Grenzenlose steigt wird geschminkt, kaschiert, verschwiegen, verschoben und vor allem eines, das Volk für dumm verkauft. So nun also auch mit der CO₂-Abgabe, welche, ganz im Sinne von Ludwig Erhard (den findet mittlerweile sogar Sarah Wagenknecht gut), als marktwirtschaftliches Instrument angepriesen wird.

Zum Grundkurs Marktwirtschaft: Der Preis eines Produktes wird bestimmt durch Angebot und Nachfrage. Heißt im Umkehrschluss, gibt es ein Angebot aber keine Nachfrage, dann ist der Preis null. Würde heißen, dass die CO₂-Abgabe nichts kostet und deshalb auch gleich wieder abgeschafft werden könnte. Weder das eine noch das andere ist aber der Fall. Sie wird nicht abgeschafft und sie kostet auch etwas. Hier also von einem marktwirtschaftlichen Instrument zu sprechen, wie dies auch von der CDU getan wird, ist blanker Hohn.

Ein Angebot ohne Nachfrage auf den Markt zu bringen, gelingt nur in monopolistischen, staatlichen bzw. sozialistischen oder eben mafiosen Strukturen. Alle drei Strukturen schaden der Marktwirtschaft und sind zu minimieren bzw. ganz zu beseitigen. Vor allem aber sind sie beim richtigen Namen zu nennen. Es ist völlig unverständlich, warum auch die CDU auf diesen Zug aufspringt, Wörter in ihrem Sinn zu verdrehen und das Volk für dumm zu verkaufen.

Das Marketing der Regierung und der Medien zur öko-sozialen Transformation lässt im Moment ja schon gar nichts anderes mehr zu, als die pure Angst („wir werden alle sterben“, „es ist kurz vor zwölf bzw. sowieso schon zu spät“) bis hin zur puren Glückseligkeit, nämlich, dass für Deutschland dank der Transformation, das nächste Wirtschaftswunder vor der Tür steht, der Sozialstaat deshalb noch weiter aufgebläht werden



Daniel Hackenjos, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

kann und für alle, die schon immer hier waren oder bald hier sein werden, alles getan wird, damit sie mit ganz viel life und ganz wenig work maximal erfolgreich sein werden. Was für ein Schwachsinn und dabei wollen wir mitmachen?

Wie wäre es, wenn wenigstens die CDU mal anfängt, die Dinge beim Namen zu nennen? Die Transformation kostet vor allem eines, nämlich Geld. Geld das wir momentan nicht erwirtschaften. Weil Teilzeit heutzutage genauso lukrativ ist wie Vollzeit und weil gar nicht arbeiten nur wenig unrentabler ist als arbeiten, fehlt es diesem Land an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften. Und nein, das was wellenartig über die Grenzen schwappt ist nicht der Arbeitnehmer 4.0 sondern noch mehr Belastung für unsere Sozialsysteme.

Die erste Frage ist daher nicht mehr, was wir uns leisten wollen, sondern was wir uns leisten können. Der Greendeal, unser Sozialsysteme, einfach alles muss auf den Prüfstand!

Und die zweite Frage lautet: Wie viel Vertrauen will man eigentlich noch verspielen, indem man immer und immer wieder versucht, Dreck als Gold zu verkaufen?

Debate the science

Mehr Fakten und Vernunft in die CO₂-Debatte



Dr. Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Hitzefrei!



Liquisol 

Diese speziell entwickelte Flüssigkeit ist der ideale Sonnenschutz auf Kunststoffoberflächen, wie z. B. **Lichtkuppeln, Pergola- oder Wintergardendächern, Lichtbänder oder auf rauen Glasoberflächen**. Wie bei unseren Sonnenschutzfolien wird auch mit Liquisol ein effektiver Hitze- und Blendschutz erzielt.

Weitere Informationen unter:
www.audax-hitzeschutz.de

AUDAX AUDAX-Keck GmbH
75365 Calw
Tel. 0 70 51/16 25-0

Wer sich heutzutage nicht wie ein nordkoreanischer Jubelmob hinter medial gepushte Narrative stellt, erfährt spürbare Repressionen. Es sind in der Tat zu meist Vertreter der medialen und/oder politischen Zunft, sowie deren willfährige Gefolgsleute, die entweder mit der Moralkeule oder kategorisierenden Difamierungen arbeiten.

Wer während CoVid sagte, dass Impfungen nicht vor Ansteckungen oder Verbreitung des Virus schützen, war Querdenker (heute ist diese Ansicht anerkannt). Wer im Sport geschockt ist, dass Männer gegen Frauen kämpfen, der ist transfeindlich. Wer für kontrollierte Migration ist, erhält die Nazi-Keule. Und wer nicht genügend Evidenz für eine massive CO₂-Bepreisung sieht, der ist Klimaleugner. Debatten werden ohne nachprüf bare Fakten aber mit Lautstärke unterdrückt, begleitet von absurden Rufen wie „Follow the science“ und dem Schlagwort des „Konsens“. Cui bono ist hier die Frage – wem nutzt es?

Das falsche Narrativ

Unsere Gesellschaft hat ein Niveau erreicht, in dem komplexe Themen von Medien und der Politik vorsätzlich ideologisiert und emotionalisiert werden, so dass ein vernünftiger, faktenbasierter Diskurs unmöglich, geschweige denn gewünscht wird. Informationen werden einseitig gefiltert, um Macht und Reichtum zu mehren, nicht um Probleme zu lösen. Im Gegenteil, viele Probleme werden größer, weil wir im woken Stil nicht über die Ursachen und Lösungen diskutieren, sondern Debatten missbrauchen, um gewollte politische Ziele (vgl. Transformation) zu rechtfertigen. Aber es ist eben hilfreicher, Hochwasserlagen für populistische Zwecke auszuschlachten, als proaktiv in Hochwasserschutz zu investieren.



Angst und Panik sind dabei ein bewusst genutztes Herrschaftswerkzeug. Wer panische Angst hat, denkt nicht mehr rational, sondern sucht nach Rettung. Und an Panikmeldungen mangelte es nie. Zuerst hieß es, das Öl sei bald aufgebraucht, dann kamen die Angst vor einer neuen unumkehrbaren Eiszeit, dem sauren Regen und der schwindenden Ozonschicht. Mit dem neuen Jahrtausend kamen die bald schmelzenden Eiskappen und das CO₂. Doch was bleibt am Ende dieser Panikwellen? In der Regel sind es eingeschränkte Bürgerrechte, höhere

Steuern und bleibende Bürokratie. Von der Kontrolle über Ressourcen und Rohstoffe ganz zu schweigen. Also, cui bono Klimapanik?

**Freie Forschung
muss Grundlage sein**

Klimafakten sind daher notwendig, um die Debatte wieder auf eine sachliche und faktenorientierte Basis zu stellen.

Es gilt, falsche („97% der Forscher sind einer Meinung“) wie rein ideologisch begründete Aussagen („Atomkraft ist schlecht“) zu entkräften sowie die Legitimation einseitig handelnder Organisationen (IPCC, EU-Klimabeirat) und rein politischer Grenzwerte (1,5-Grad Ziel) und Vereinbarungen („Pariser Klimaabkommen“) zu hinterfragen. Die faktenbasierte Wahrheit muss im Vordergrund stehen, nicht subjektive Meinung, persönliche Gefühle oder (partei-)politische Ideologie.



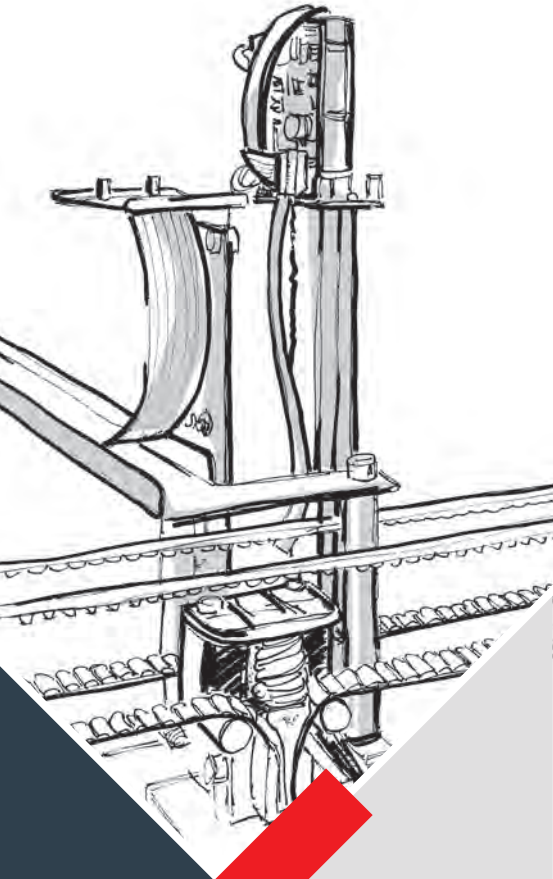
LÖSUNGEN FÜR IHRE POSITIONIERAUFGABEN






MESSEN ▶ STEUERN ▶ POSITIONIEREN

www.elgo.de



- **Feinmechanische Präzisionsteile**
 - CNC Fräsen
 - CNC Drehen
- **komplexe Baugruppen- und Gerätefertigung**

Leidenschaft für Präzision

GENTHNER SystemTechnologie begleitet seine Kunden vom Prototypen über die Großserie bis hin zum Ersatzteil und ist Systemlieferant von Spitzenherstellern im gehobenen Marktsegment der Medizintechnik.

Profitieren Sie von unseren hochwertigen Fertigungseinrichtungen, umfangreicher Qualitätstechnik sowie unserer langjährigen Erfahrung.

GENTHNER SystemTechnologie GmbH
Gewerbestraße 40
75217 Birkenfeld-Gräfenhausen
Tel. +49 7082 79182-0 · info@genthner.com

www.genthner.com

Ein Problem könnte eine fakteninteressierte Politik sofort lösen: Wie bereits in einer früheren Ausgabe des Wirtschaftsforums dargelegt, ist Finanzierung in der Wissenschaft oft recht einseitig. Selbst der Bund bezahlt Studien oder NGOs, die wiederum Studien in Auftrag geben. Was das Ergebnis dieser gekauften Studien ist, steht natürlich vorher fest. Im Gegenzug wird auf neutrale Wissenschaftler und Journals massiv Druck ausgeübt, keine Studien wider des Narrativs zu veröffentlichen, bzw. IPCC-kritische Papiere zurückzuziehen. Was aus der Pandemiezeit diesbezüglich aktuell ans Tageslicht gelangt, müsste uns allen zu denken geben.

Fakten wieder dem Narrativ

Zahlreiche dieser Studien legen eine andere Sichtweise dar, als es das grüne Narrativ vorgibt. So gibt es wissenschaftliche Belege, dass Klimamodelle viel zu ungenau sind, um die Ursachen für eine globale Erwärmung bestimmen zu können, da sie sich oft nur auf wenige Variablen konzentrieren (können) – und das, obwohl zum Beispiel der Einfluss von Wolken auf das Klima weitaus größer geschätzt wird als der von CO₂. Dieses, wiederum, folgt laut Eiskernbohrungen in der Antarktis Temperaturänderungen und löst sie nicht aus. Neuere Studien legen auch dar, dass der Einfluss von CO₂ generell überschätzt wird, bzw. weisen sogar auf eine gänzlich fehlende Korrelation zwischen CO₂ und Temperatur hin.

Trotz alarmierender Medienbilder von Naturkatastrophen zeigen aktuelle Studien, dass das antarktische Eis anwächst und Unwetterereignisse sowie deren Schäden abnehmen. Vier Studien verschiedener Forschungsteams aus dem Jahr 2023, welche die globale Temperatur über einen längeren Zeitraum in unterschiedlichen Regionen der Welt nachzeichneten, fanden nirgends Anzeichen für einen ungewöhnlichen Temperaturanstieg in den letzten Jahrzehnten. Überhaupt gibt es laut Deutschem Wetterdienst in Deutschland erst seit 1881 verlässliche Wetteraufzeichnungen.

Nicht auf die falschen Propheten hören

Diese Informationen findet man jedoch nicht in den Medien, man findet sie nur in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Doch gerade diese einseitige und manipulierende Informationspolitik, auch Gaslighting genannt, führt dann zu einer verqueren Meinung, die sich dann in der Öffentlichkeit manifestiert. Drahtzieher sind undurchschaubare interessengeleitete Netzwerke aus Medien, Politik und NGOs. Vor allem das IPCC, das Internationale Klimaprotokoll, arbeitet hier sehr voreingenommen. Es gibt sich zwar den Anstrich der wissenschaftlichen Neutralität, hat jedoch die Einseitigkeit in der eigenen Agenda niedergeschrieben. Glücklicherweise gibt es Gegenwind. Erst letztes Jahr hat eine Gruppe von 37 Wissenschaftlern die Schlussfolgerungen des 6. IPCC-Berichts kritisch hinterfragt und u.a. festgestellt, dass städtische Hitzeeffekte die wahrgenommene Erwärmung erheblich verzerren. Außerdem ist es höchst ungewiss, ob die Temperaturveränderungen seit 1850 hauptsächlich menschlichen oder natürlichen Ursprungs sind, oder eine Mischung aus beidem. Gerade die (schwankende) Rolle der Sonneneinstrahlung oder der elfjährige Sonnenfleckenzyklus finden keine erkennbare Berücksichtigung.

Gesunden Menschenverstand walten lassen

Dies zeigt: Der CO₂-Bepreisung fehlt es an eindeutiger wissenschaftlicher Evidenz. Aber auch die CDU-interne Debatte, in der einige den CO₂-Zertifikatehandel als marktwirtschaftlich umetikettieren, ist aus ökonomischer Sicht irreführend. Eine freie Preisbildung funktioniert qua Definition nicht mit erzwungener Marktteilnahme.

Die Unvorhersehbarkeit dieser CO₂-Steuer ist ein weiteres Problem. Zum einen existieren Spekulationsrisiken in den Handelsbörsen, zum anderen werden sämtliche Kosten entlang der Wertschöpfungskette kumuliert und dem End-

verbraucher berechnet. Dies führt nicht nur zu einer künstlichen Verteuerung aller Güter und Dienstleistungen, sondern beeinträchtigt auch massiv die Planungssicherheit mittelständischer Unternehmer.

Wie die Erfahrungen mit CoVid zeigen, darf zudem bezweifelt werden, ob die Politiker, die heute für die Bepreisung sind, sich auch für deren Folgen verantworten werden. Bleiben werden die Dummen: Die Mittelständler mit mehr Bürokratie und Kosten, die sie nicht weitergeben können sowie der Endverbraucher, der Bürger, der Wähler. Nochmals: cui bono?

Der Verantwortung gerecht werden

Natürlich ist es nicht die Aufgabe noch die Möglichkeit des Wirtschaftsforums tiefgehende Fachdebatten zu führen. Doch soll dieser Text einen Impuls geben, wachrütteln, hellhörig machen, nicht alles stillschweigend hinzunehmen, was uns als „Konsens“ aufgedrückt oder als „marktwirtschaftlich“ verkauft wird.

Jede Medaille hat zwei Seiten, auch beim Klima. Es gibt valide Studien – für beide Sichtweisen. Doch genau das lässt nur einen Schluss zu: Wir können es noch (!)



nicht sicher sagen. Auf eine dermaßen wacklige Evidenz unumkehrbare politische Maßnahmen umzusetzen, ist somit nicht nur faktisch falsch, sondern politisch, ökonomisch und sozial gefährlich. Genau deshalb darf man dieses Thema nicht den Populisten überlassen – schon gar nicht den Grünen.

Lassen Sie uns also statt „follow the science“ lieber „debate the science“ rufen – oder, wie es eine Studie von 2023 formuliert: „Umweltwissen ist umgekehrt proportional zur Angst vor dem Klimawandel“. Fordern wir also erst einmal Fachwissen von all denjenigen ein, die uns ihren Narrativ aufzwingen wollen. Und haben wir auch hier den Mut, gesunden Menschenverstand walten zu lassen, Vernunft gegen Ideologie zu stellen und

Fakten gegen Fakten. Nur wenn wir alle unserer Verantwortung gerecht werden, helfen wir der Umwelt wirklich und opfern nicht sinnlos unseren Wohlstand und unsere Freiheit.

Links zu den im Text erwähnten wissenschaftlichen Quellen sowie weitere Informationen zum Thema hat der Autor hier bereitgestellt: bastian-atzger.de/klimafakten

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvbw.de,
bastian-atzger.de

Als einer der großen Komplettanbieter in Süddeutschland entwickeln wir Superkräfte rundum Neubau, Sanierung und Wartung Ihrer Gebäudehülle. Mehr dazu im Internet:

www.gebrueder-rueckert.de

FLACHDACH. FASSADE.
PHOTOVOLTAIK. FANTASTISCH.



GEBRÜDER RÜCKERT

Risiken und Auswirkungen des CO₂-Preises



Rainer Eschbach, Vereidigter Buchprüfer, Steuerberater und Fachberater für Internationales Steuerrecht, Kreisvorsitzender MIT Waldshut

Die Bepreisung von CO₂ hat weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft. Besonders mittelständische Unternehmen stehen vor der Herausforderung, die zusätzlichen Kosten in ihre Kalkulationen einzubeziehen. Es ist daher wichtig zu beleuchten, wie eine CO₂-Steuer die Preise entlang der Wertschöpfungskette beeinflusst und welche Risiken durch Spekulationen bestehen.

Der CO₂-Preis und seine kumulativen Effekte

Mit jeder Wertschöpfungsstufe eines Produkts steigen die Kosten durch den CO₂-Preis. Dies liegt daran, dass in ein Endprodukt mehrere Vorprodukte einfließen, die jeweils mit einem CO₂-Preis belastet sind. Da sich diese Kosten, im Gegensatz zur Vorsteuer, kumulativ verhalten, führt das unweigerlich dazu, dass der Endpreis eines Produkts deutlich höher ausfällt als es ohne den Aufschlag der Fall wäre.

Ein Beispiel: Ein Unternehmen, das Stahl

produziert, muss für den CO₂-Ausstoß bei der Stahlherstellung teuer bezahlen. Dieser Stahl wird dann von einem Automobilhersteller gekauft, der ebenfalls für den CO₂-Ausstoß seiner Produktion des Autos zahlen muss. Die CO₂-Kosten des Stahls fließen in die Kalkulation des Automobilherstellers ein, was dann folglich den Endpreis des Autos massiv erhöht. Gleiches geschieht beim Metzger, Bäcker und jeder Baustelle oder Veranstaltung, auf der man den CO₂-Preis für die Anfahrt des mobilen WC-Häuschens bezahlen darf.

Versteckte Kosten und Mehrwertsteuer

Die Übernahme der CO₂-Preise in die allgemeine Kalkulation des Unternehmens führt dazu, dass andere Kosten – bewusst oder unbewusst – den Endpreis zusätzlich erhöhen. Zudem kommt auf den kumulierten CO₂-Preis noch die gesetzliche Mehrwertsteuer, wodurch der Staat massiv profitiert. Es entsteht ein riesiger Domino-Effekt.

Um es daher ganz deutlich zu machen: Das ist kein Versehen der Politik, das ist gewollt und ist damit vorsätzlich. Alle Produkte sollen so teuer werden, dass der Endverbraucher spürbar weniger konsumiert, was dann wiederum in der Schrumpfung der Industrie und des wirtschaftlichen Outputs endet. Arbeit und zig-tausende Arbeitsplätze werden in der Folge unwiderruflich wegfallen. Deutschland hat unter den Grünen diesen Weg bereits eingeschlagen, wie aktuelle Wirtschaftsdaten beweisen – die Unternehmer sind auf der Flucht.

Dies mag dem Motto des WEF (World Economic Forum, Davos) entsprechen, wonach alle Menschen weniger haben, doch

glücklicher sein werden. Es entspricht jedoch nicht einem freien Marktverständnis und ist auch nicht demokratisch.

Spekulationen und ihre Risiken

Ein weiteres Risiko im Zusammenhang mit dem CO₂-Preis sind Spekulationen. FinanzspekulantInnen können den Preis für CO₂-Emissionszertifikate beeinflussen, was zu übermäßigen Preisschwankungen und Preisblasen führen kann. Diese Spekulationen machen den Markt intransparent und schwer vorhersehbar, was für Unternehmen ein erhebliches Risiko darstellt. Wie soll ein Unternehmer noch seriös kalkulieren, wenn er keinen einzigen Einkaufswert mehr verlässlich planen kann?

Auf der Gegenseite empfehlen zahlreiche Banken ihren Kunden bereits die Investition in CO₂-Zertifikate als gewinnbringende Zukunftsanlage. Da eine Direktinvestition nicht möglich ist, erfolgt dies als Inhaberschuldverschreibung, durch die Anleger als Gläubiger gegenüber dem Emittenten agieren.

Denke jetzt zum Beispiel ja keiner an die Immobilienblase mit der 2008 folgenden Finanzkrise. Allein die HRE, Bayern-LB, IKB, West-LB, HSH-Nordbank, Commerzbank und LBBW haben innerhalb von wenigen Tagen rd. 60 Milliarden € und 4 von ihnen ihre Existenz verloren.

Da klingt es wie ein Hohn, geben doch Politiker aller Couleur derzeit vor, etwas für die Bürger tun zu wollen, Kosten zu senken und Armut zu bekämpfen. Doch es entlarvt die CO₂-Bepreisung als Geschäftsmodell, an dem Börsen und Banken und letztendlich der Staat Milliarden verdienen werden. Und je knapper Güter werden, je höher die Endverbraucherpreise, desto höher der Reibach.

Fazit: Aussetzen - sofort!

Der CO₂-Preis ist eine Steuer, deren Höhe Spekulation und künstlicher Verknappung unterworfen ist. Über die Sinnhaftigkeit wird an anderer Stelle in diesem Heft diskutiert, über die Rechtmäßigkeit werden evtl. noch Gerichte – hoffentlich unabhängig - entscheiden.

Fakt ist, dass diese – auch von CDU-Politikern – gepriesene Bepreisung hochkomplexe Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit auf die Gesellschaft haben wird, die selbst klügste Köpfe heute noch nicht einschätzen können.

Unternehmen müssen nicht nur die direkten Kosten berücksichtigen, sondern auch die kumulativen Effekte entlang der Wertschöpfungskette sowie das Spekulationsrisiko. Diese kalkulatorischen und strategischen Unsicherheiten stellen ein dermaßen erhebliches Risiko dar, dass nicht nur die individuelle Planungssicherheit einzelner Betriebe oder Branchen, sondern auch die gesamte globale Marktstabilität gefährdet ist.

Wie auch nur ein Politiker für diese Maßnahme die Hand heben, ja, sie sogar noch als marktwirtschaftlich bezeichnen kann, ist unbegreiflich. Eine sofortige Abschaffung, zumindest eine Aussetzung der CO₂-Steuer, ist daher höchstes Gebot der Stunde. ■

Rainer Eschbach,
rainer.eschbach@restb.de

- **Sonderkonstruktionen**
- **Industriebau**
- **Gewerbebau**
- **Stahlhochbau**
- **Verwaltungsbau**

IBB baut ausgezeichnete
Industrie- und Gewerbeobjekte
mit besten Referenzen und
40 Jahren Erfahrung.

Industriebau Bönningheim GmbH + Co. KG
Industriestraße 18
74357 Bönningheim

info@ibb-boennigheim.de
www.ibb-boennigheim.de

**INDUSTRIEBAU
BÖNNIGHEIM** **IBB**

Windenergie

Ein kritischer Blick auf den grünen Heilsbringer der CO₂ Vermeidung

Die Grünen sind Meister im Erfinden stets neuer ökologischer Superlative. Hässlich anmutende Balkonkraftwerke, die auch oft von den Elektrikern und der Feuerwehr kritisch gesehen werden, werden als befreiendes Kraftwerk des kleinen Mannes beschönigt. Und über Windräder, die sich bei uns auf wenige Hotspots konzentrieren, an denen dann 10, 20 oder 30 Windräder im minimalen Abstand zueinander stehen und in zunehmendem Maße die Bürger belasten und die Landschaft verschandeln, wird der Slogan verbreitet, dass die Natur keine Rechnung sende und nur CO₂ neutraler Strom produziert wird.

Die Wahrheit ist: Wir brauchen mit der „grünen“ Energiewende jeden Kwh Strom, den wir irgendwie zusammenkratzen können – ob schön oder nicht ist völlig schei.... egal! Leider wird auch in anderen Parteien die Windenergie als die allseelig machende Lösung für die Energieprobleme der Zukunft gepriesen. Doch bei genauerem Hinsehen offenbaren sich auch hier erhebliche Nachteile, die das grüne Narrativ in Frage stellen.

Die Medaille hat zwei Seiten!

Tatsächlich könnten sich Windräder als eine der großen Umweltbelastungen in

Baden-Württemberg herausstellen – und die wäre dann, im Gegensatz zu manch anderer Theorie, wirklich menschengemacht. Knapp 750 Windräder wurden 2023 in Betrieb genommen, über 28.000 sollen aktuell in Deutschland stehen. Sehen wir uns einige ihrer Nachteile, Gefahren und Risiken einmal genauer an.

Verhältnis von Aufwand und Ertrag

Die Herstellung und Installation von Windrädern ist enorm aufwendig. Von der Förderung der notwendigen Rohstoffe über den Transport und die Verarbeitung bis hin zur Errichtung der Windräder mit Schwertransporten, entsprechenden Zufahrtswegen und Flächenversiegelung – oft in schützenswerten Waldgebieten – verbraucht der gesamte Prozess erstmal große Mengen an Ressourcen und Energie.

Natürlich gibt es von Herstellern und Umweltverbänden Musterrechnungen, die wunderbar darlegen, dass Windräder viel mehr Energie liefern, wie der Herstellungsaufwand betragen würde. Doch bleibt bei dieser Quellenlage fraglich, wie viel Nettoertrag ein Windrad während seiner Lebensdauer tatsächlich mehr an


KÄRCHER
T R E S O R B A U

**TRESORE FÜR PRIVAT UND GEWERBE
DIREKT VOM HERSTELLER**



Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
Gmünder Str. 8, 75181 Pforzheim
Tel. (07231) 96 39 90 - 0
www.Kaercher-Tresorbau.de

Energie produziert, als insgesamt zu seiner Herstellung und Aufstellung verbraucht wurde, wenn man die tatsächlichen Transport- und Energiekosten aller Rohstoffe sowie Aufbau und Entsorgung vollständig mit einberechnet.

Entsorgung noch immer ein Problem

Windkraftanlagen sind in der Regel für eine Lebensdauer von 20 Jahren ausgelegt, können technisch jedoch auch 25 bis 30 Jahre funktionieren. Dies muss jedoch durch eine Typenprüfung oder Weiterbetriebsprüfung nachgewiesen werden – und die ist teuer. Also lohnt sich oft der Betrieb nicht mehr und das eben noch hochgelobte Windrad wird von einem Tag auf den anderen zum Sondermüll. Ein tonnenschwerer Haufen bestehend aus über 60% Beton, 30% Stahl sowie einem Gemisch aus Faserverbundwerkstoffen, Altholz und seltenen Metallen.

Vor allem die Rotorblätter stellen ein massives Problem bei der Entsorgung dar, da sie aus einem Kompositwerkstoff bestehen. Dabei werden Fasern (meist Glasfasern, aber auch Kohlenstofffasern) mit Industrieharzen (meist Epoxid-, Polyurethan-, oder Polyesterharz) behandelt und zu einem festen Baustoff ausgehärtet. Im Ausland werden die Flügel, der Einfachheit halber, oft nur vergraben. In Deutschland landen sie, insofern sie aus Glasfaser sind, in Zementwerken. Meist bleibt hier jedoch nur der Weg der Deponierung.

Wie hoch sind dann die Entsorgungskosten in 20 Jahren? Sind die einberechnet? Ein seriöser Unternehmer rechnet normalerweise bei so einer langjährigen Investition immer die voraussichtlichen „total Kost of Ownership“ und nicht nur das kurzfristige Schielen nach subventionierten Kwh-Preisen. Wie schnell sich die abgegebenen Versprechen bei der Ampel ändern können, sieht man ja glasklar bei dem Debakel mit unserem Heizungsraum-Minister und den Subventionen für die Wärmepumpen und deren Streichung. Aber auch der Verlust jeglicher Akzeptanz für Heizungen mit nachwachsenden Rohstoffen wie Holz oder Holzpellets. Anfangs noch als Heilsbringer im Heizungsbereich mit nach-

wachsenden Rohstoffen gepriesen, sind sie mittlerweile zum absoluten „Saulus“ der Branche mit Verbotsgarantie mutiert.

Dauerhafte Bodenschäden

Und bleiben wir noch beim Thema Aufbau und Entsorgung. Damit Windräder im Wald oder auf Feldern aufgestellt werden können, muss der Boden verfestigt werden. Damit ist nicht nur das Fundament und die Zufahrtsstraße gemeint, sondern auch der Raum daneben. Somit können auch mehrere Meter neben den Zufahrtswegen keine tiefwuzelnden Pflanzen mehr wachsen.

Um die bis zu 120 Meter langen Rotorflügel zum Standort zu transportieren, kommen gerade auf den letzten Metern Waldweg sog. „Selbstfahrer“ zum Einsatz. Diese wiegen dann samt eines (!) Rotorblatts bis zu 170 Tonnen. Das transportiert man nicht eben mal so auf einem nur dünn asphaltierten Waldweg.

Das Risiko verbleibt im Boden

Und was geschieht, wenn das Windrad abgebaut wird? Die Sockel der Windräder, die mehrere zehntausend Tonnen wiegen, bleiben auch nach der Entfernung der Windräder meist im Boden zurück. Ihre Entfernung wäre möglich, ist aber unökonomisch. Es bleiben 500 bis 1000 m² hoch verdichtete oder aber betonierete Fläche pro Windrad zurück, und das bei geplanten 28.000 Stück in Deutschland.

Hier haben die Genehmigungsbehörden meist versagt, da sie in ihren Verträgen mit den Errichtern/Betreibern meist nur den Rückbau bis zur Bodenhöhe festgelegt haben, den Sockel also vergaßen – oder aus ideologischen Gründen absichtlich herausnahmen, um den Bau des Prestigeobjekts nicht zu gefährden.

Im Endeffekt geht dieser massive Kostenblock nicht in die bereits angesprochene Kosten- und Energierechnung ein, was dazu führt, dass die Bilanz für Windräder stimmt, aber die Natur nachhaltig ge-

schädigt wird – es sei denn, die Kommune entfernt den Sockel selbst. Natürlich auf Kosten von Steuergeldern.

Narrativ muss korrigiert werden – Die Medaille hat zwei Seiten

Während Windenergie als saubere und nachhaltige Lösung für die Energieprobleme der Zukunft angepriesen wird, offenbaren sich bei genauerem Hinsehen bisher nicht quantifizierte Nachteile. Von der Beeinträchtigung des lokalen Klimas über die Gefährdung der menschlichen Gesundheit und der Tierwelt bis hin zu dauerhaften Bodenschäden und Umweltverschmutzung – die negativen Auswirkungen von Windrädern sind vielfältig und sollten nicht willfährig ignoriert werden. Es ist an der Zeit, das grünen Narrativ kritisch zu hinterfragen und die scheinbar einfachen alternativen Lösungen genauer zu betrachten.

Doch was tut die Politik? Stellen Sie sich einmal die Reaktion der Ökofront vor, wenn man ihnen noch vor 10 Jahren gesagt hätte, ein Unternehmer wolle Waldboden verdichten zur gewinnbringenden Energiegewinnung. Die Lichterkette wäre endlos geworden. Heute reichen einem die Grünen noch den Spaten und Politiker – leider auch aus Reihen der CDU – lassen sich dafür beklatschen, dass sie willfährig dem grünen Lied des Klimawandels kritiklos folgen. Dem Einhalt zu gebieten, ist somit nicht nur politisch, ökonomisch und ökologisch notwendig, sondern auch ein Gebot der Vernunft. Denn wenn auch die Natur keine Rechnung schickt, werden am Ende wir alle bezahlen – mit viel Geld, unserem Wohlstand und mit unserer Gesundheit.

Wo bitte sind die Windräder in Stuttgart, dort wo der meiste Strom auch verbraucht wird?

Achim Rieger,
achim.rieger@kaanmedia.de,
kaanmedia.de

CBAM: Klimaschutz oder Bürokratiemonster?

Mittelstand fordert praxisnahe Lösungen



Wilhelm Hahn, geschäftsführender Gesellschafter
Wiha Werkzeuge GmbH



Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) der Europäischen Union ist ein bedeutender Schritt im globalen Klimaschutz. Ziel dieses Mechanismus ist es, die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verhindern, indem Importe von Produkten, die außerhalb der EU unter weniger strengen Klimaschutzvorschriften hergestellt wurden, denselben CO₂-Kosten unterliegen wie

vergleichbare Produkte, die in der EU produziert werden. Damit soll einerseits der Wettbewerbsnachteil für europäische Unternehmen ausgeglichen und andererseits ein Anreiz für außereuropäische Hersteller geschaffen werden, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres gilt die Meldepflicht für von CBAM erfasste Warenklassen. Dieser Schritt stellt je-

doch insbesondere den Mittelstand vor erhebliche Herausforderungen. Als mittelständisches Unternehmen, das unter anderem Stahlerzeugnisse und Kunststoffherzeugnisse als Rohstoffe, Vorprodukte oder Handelsware aus außereuropäischen Ländern importiert, sehen wir, die Wiha Werkzeuge GmbH, uns mit einem enormen bürokratischen Aufwand konfrontiert. Es müssen umfangreiche Daten erfasst und deklariert werden – wir und die außereuropäischen Akteure sind mit den geforderten Daten und Berichtserfordernissen überfordert.

Eine der größten Schwierigkeiten besteht darin, dass viele Akteure, einschließlich öffentlicher Stellen, selbst noch unsicher darüber sind, welche spezifischen Informationen wo und wie gemeldet werden müssen. Diese Unklarheiten führen zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit und einem potenziell unermesslichen Dokumentationsaufwand. Besonders besorgniserregend ist die wahrscheinliche Aussicht, dass in Zukunft nicht nur Rohmaterial, sondern auch höherwertige Erzeugnisse und komplette Baugruppen deklariert werden müssen. Dies

**BETON MÜLLER**

IHR STARKER PARTNER FÜR BETONFERTIGTEILE

Bernhard Müller Betonsteinwerk GmbH
Ambros-Nehren-Strasse 7, 77855 Achern

QR-Code | E-Mail: info@beton-mueller.de
www.beton-mueller.de





würde den Verwaltungsaufwand für Unternehmen und deren kompletten Supply Chains massiv erhöhen und zu zusätzlichen Kosten führen.

Aus wirtschaftlicher Sicht birgt der CBAM ebenfalls Risiken. Die fälligen Abgaben könnten die Inflation in Europa weiter anheizen, da importierte Waren teurer werden. Dies würde nicht nur die Kosten für Verbraucher erhöhen, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen beeinträchtigen, die ihre Güter in andere Länder exportieren müssen. Für uns und andere mittelständische Unternehmen, die auf den internationalen Märkten stark vertreten sind, könnte dies gravierende Folgen haben.

Während die Ziele des CBAM, nämlich der Klimaschutz und die Förderung eines fairen Wettbewerbs, grundsätzlich zu begrüßen sind, muss die Umsetzung praktikabel und realistisch gestaltet werden. Die derzeitige Unsicherheit und der bürokratische Aufwand sind für mittelständische Unternehmen eine erhebliche Belastung. Es bedarf klarer Richtlinien und Unterstützung seitens der öffentlichen Stellen, um die Anforderungen des CBAM effizient und rechtssicher erfüllen zu können. Zudem sollten die Auswirkungen auf die Inflation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sorgfältig geprüft und berücksichtigt werden, um negative wirtschaftliche Folgen zu vermeiden.

Als Förderer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion fordern wir daher eine praxisnahe Ausgestaltung des CBAM, die den Mittelstand nicht übermäßig belastet und gleichzeitig den Klimaschutz vorantreibt. Es ist entscheidend, dass der Dialog zwischen Unternehmen und Politik intensiviert wird, um gemeinsam Lösungen zu finden, die sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll sind. Nur so können wir sicherstellen, dass der CBAM seine Ziele erreicht, ohne den Mittelstand unnötig zu belasten. ■

Wilhelm Hahn,
wilhelm.hahn@wiha.com,
wiha.com

BELLE Balkone *geplant – gebaut – montiert*

STAHLBAU
BALKONE
TREPPEN
METALLBAU

BELLE Balkone sind aus Stahl und durch feuerverzinkte Oberflächen absolut witterungsbeständig. Sie müssen „nie wieder streichen“!

Eine Besonderheit unseres Services ist die punktuelle Befestigung sowie die sehr kurze Montagezeit. Innerhalb von ein bis zwei Tagen ist ihr Balkon an ihrem Gebäude ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz möglich.

Seit über 25 Jahren stehen wir für Qualität in Perfektion. Wir haben bereits über 1.500 Balkone in ganz Baden-Württemberg gebaut und installiert.

Unsere Experten beraten Sie gerne: Tel. +49 7642 9087-0



Dirk Spix und Benedikt Belle



BELLE AG
Limbergstraße 2 · 79369 Wyhl
info@BELLEAG.de
BELLEAG.de



Ist CO₂-Handel ein Wirtschaftsnachteil für Deutschland oder weltweit getragene Verantwortung für das Klima?



Thomas Rapp,
Landesschatzmeister der MIT Baden-Württemberg,
Bezirksvorsitzender der MIT Nordwürttemberg

Die Europäische Gemeinschaft hat seit 2005 einen börsenbasierten, freien Handel für CO₂ eingeführt, um zielsicher auf lange Sicht die schädlichen Treibhausgase zu reduzieren und um das Klima zu schützen. Dies soll zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten erfolgen. Dieser Handel erfasst jedoch nur ca. 50% der Emissionserzeugung, denn es werden lediglich Energieerzeugungsanlagen über 20 Megawatt erfasst. Weder erfolgt eine Kontrolle in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten noch gibt es Strafen für fehlende Meldungen und Kontrollen.

Damit wird ausschließlich die Stromerzeugung und Schwerindustrie in der europäischen Union erfasst.

Da Deutschland den Atomstrom und auch noch Öl als Brennstoff ausgeschlossen hat und mangels Wirtschaftlichkeit der Gasanlagen oder zukünftiger Wasserstoffanlagen diese nicht gebaut werden, zahlen der deutsche Verbraucher und die Industrie hohe Strompreise und zusätzlich für CO₂-Zertifikate für den Energieverbrauch. Wie schmutzig unsere aktuelle Stromerzeugung im

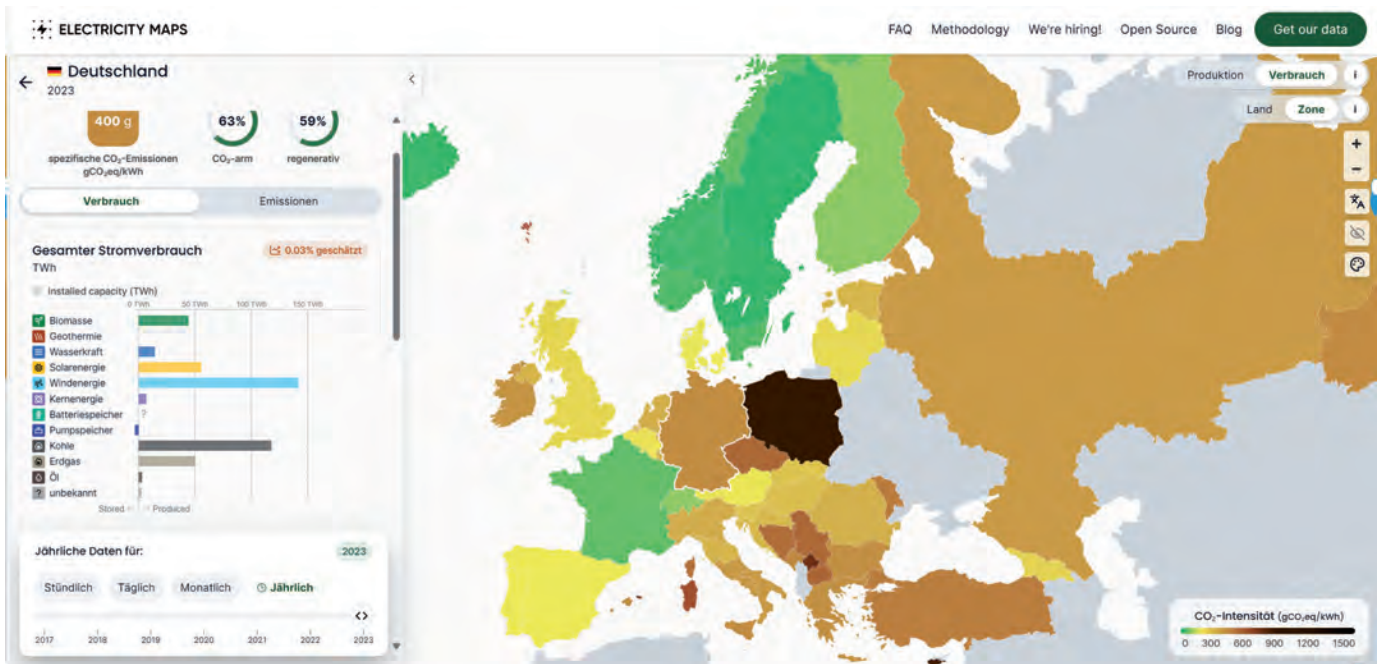
Vergleich mit den anderen Staaten ist, zeigt die electricity map. Wir wollen die erneuerbaren Energien, wohl wissend, dass diese auch gespeichert werden müssen. Bei der Technologieoffenheit haben wir Nachholbedarf und bei notwendigen Bauten in der Natur - sei es Speicher oder Leitungen - stehen wir uns selbst durch Genehmigungsverfahren und Bürgerproteste im Weg.

Seit dem Jahr 2019 haben wir darüber hinaus noch einen nationalen Energiehandel eingeführt. Dies für Verkehr und Gebäude und auch erweitert auf Brenn- und Kraftstoffhandel. Damit belasten wir zusätzlich unsere Wirtschaft und die Verbraucher auch national, über den europäischen Handel hinaus.

Ich stimme vollkommen der Lösung über einen börsenbezogenen Handel und Preisfindung zu. Doch dieses System ist nicht an ein einheitliches durchgesetztes System gebunden und muss daher angepasst oder ausgesetzt werden. Weltweit wird dies si-

cher nicht durchsetzbar sein und damit hat Deutschland einen Nachteil im wirtschaftlichen Vergleich. Durch Einfuhrbesteuerung in die EU müssen dann diese Länder, welche keine vergleichbaren Belastungen haben, belastet werden. Eine nationale, auf Deutschland beschränkte Erhebung, muss ausgesetzt werden bis die europäische Gemeinschaft eine gleichgelagerte Erfassung der Besteuerung eingeführt hat.

Deutschland muss es gelingen auf europäischer Ebene die Bindung von CO₂ durch Einlagerungen oder Umwandlung des Wasserstoffs in synthetische Kraftstoffe durch dadurch entstehende Zertifikate zu begünstigen. Diese können dann im Börsenhandel bei den Erzeugern gekauft werden. Die



Energieumwandlung der erneuerbaren Erzeugung wäre wettbewerbsfähig und das Speichern würde ermöglicht. Ein Gasnetz mit Speicher existiert bereits in Deutschland. Durch Druckanpassung der bestehenden Gasversorgung und Erweiterung wäre hier sehr viel in kurzer Zeit möglich. Die Überproduktion würde sinnvoll genutzt. Stromleitungen Nord-Süd sind auch weiter im Verzug und die Produktion im Windpark wäre auch nutzbar.

Hoffen wir, dass die zukünftige EU-Kommission und das EU-Parlament die Probleme erkennt und die Wettbewerbsnachteile des weltweit größten CO₂-Handelssystems beseitigt. Dieses bildet einen sehr kleinen Teil des Welthandels ab. Die EU muss zwischen wirtschaftlicher Belastung und Verantwortung für das Weltklima eine aktualisierte Abwägung vornehmen. Hier bietet sich die neue Sitzverteilung und Besetzung der Kommissare an. Erwarten dürfen wir auch von unseren gewählten Abgeordne-

ten, dass grundsätzlich die Interessen der Wähler im Heimatland vertreten werden. Bei Nachteilen im internationalen Vergleich gibt es nur eine Neinstimme, die Praxis der Enthaltungen ist zu beenden. ■

Thomas Rapp,
rapp@mit-lv-bw.de,
mit-nordwuerttemberg.de



Könner in Kunststoff

Ihr Spezialist für individuelle Einzelteile und Serien aus Plexiglas und anderen technischen Kunststoffen

www.fink-plexiglas.de



MARTIN FINK GmbH & Co. KG • Riedweg 57 • 89081 Ulm • Tel. 0731/4070 5860 • info@fink-plexiglas.de

Deutschland rettet die Welt ... bis es bankrott ist!



Achim Rieger, MIT Sigmaringen

kammerer[®]
Kompetenz in Gewindetechnik

**Kammerer
Gewindetechnik
GmbH**
In der Hausmatte 3
D-78132 Hornberg-
Niederwasser
Tel. 0 78 33 - 96 03-0

www.kammerer-gewinde.com

Der Ampel haben drei Jahre gereicht, um Deutschland gegen die Wand zu fahren.

In der Industrie und im Handwerk ist Wissen Pflicht, in der Politik macht Nichts-Wissen anscheinend auch nix???

Wir müssen mit der uns anvertrauten Erde achtsamer umgehen, das hat jetzt sicher jeder begriffen und auch die Neoliberalen mit ihrem Vollkapitalismus schwenken ein. Es ist aber immer noch eine Frage des WIE! Entweder mit der Brechstange, wie es viele aus dem grünen Umfeld wollen und denen es oft völlig egal ist, was für Auswirkungen das auf den Wirtschaftsstandort Deutschland hat. Denen es insgeheim sogar willkommen ist, wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, bedeutet es doch auch weniger Emission.

Politik mit Herz, Hirn und Verstand

Oder wir machen es mit Herz, Hirn und Verstand, wie es der gesunde Menschenverstand gebietet. Es nützt den heutigen Menschen nichts, wenn alles wie im Jahre 1750 ist mit einer „scheinbar“ intakten Umwelt dafür aber Leibeigenschaft, Königen, Fürsten und anderen Diktatoren, bei dem einer sagt, was Gesetz ist und wo die Willkür regiert. Wir müssen Sorge tragen, es so zu gestalten, dass wir auf der einen Seite die Umwelt achten, aber auf der anderen Seite den Menschen nicht in den Ruin treiben. Es nützt uns nichts, wenn Deutschland die Welt gerettet hat, aber anschließend wirtschaftlich keine Rolle mehr spielt.

Symptomatisch sieht man es an der CO₂ Debatte. Der Wahlspruch ist: CO₂ ist schlecht - CO₂ muss weg. Woher diese Erkenntnis kommt, was es definitiv für genaue Auswirkungen hat und ob das wissenschaftlich zu 100% Fakt ist, ist erstmal egal. Also Europa macht die CO₂ Abgabe, bleibt aber beim weltweiten Unterstützer-Suchen weitgehend erfolglos – Europa rettet die Welt allein.

Was macht die deutsche Ampel? Natürlich, die sattelt noch eins drauf und macht eine eigene zusätzliche CO₂ Abgabe. Sie nennt es unter anderem verharmlosend „Lenkungsabgabe“, für mich ist das eine astreine Steuer und sonst nichts, weder an einen speziellen Ausgabepfopf per Gesetz fest gebunden noch als Verwendungszweck gesetzlich verankert. Aber sie verspricht einen Öko-Bonus als Rückzahlung, hat den schon jemand bekommen?

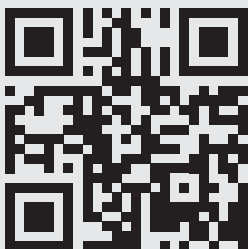
Öko-Bonus als Rückzahlung

Das ist purer Hohn und wird verwendet, wie es ihre Klientelpolitik am besten ausnutzen kann. Schauen wir uns doch die Ränge nach den grünen Ministern einmal genauer an. Da finden Sie neben ganz speziellen Freunden eine Ansammlung von guten Netzwerknern, von denen viele bei sogenannten Klima-Schützern oder „wir müssen die Welt retten“ Organisationen in hohen Positionen waren oder nach der Aufdeckung wieder dort sind.

Sie haben es genau gewusst: Es ist nur eine Legislaturperiode Zeit, um so viel wie möglich Anti-Wirtschaftspolitik zu machen, wie es nur maximal möglich ist und wenn es dann auch noch irgendwie geht, muss es unumkehrbar sein.

Das haben sie geschafft! In nur drei Jahren haben sie es mit ihrer industriefeindlichen Politik fertiggebracht, dass die Unternehmen mit fliegenden Fahnen aus dieser grünen Ökodiktatur flüchten und für die Zukunft eines funktionierenden Unternehmens keine Chance mehr sehen. Der

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Vorwurf, der dann aus dieser Ecke sofort kommt, ist: „Die wollen nur ihre Gewinne maximieren und die Umwelt zerstören“.

Wirtschaftsmechanismen für Ökofreaks

Nochmal auch für alle Ökofreaks und ministerliche Wirtschaftsspezialisten:

Nur wenn eine Firma Gewinn macht, kann sie überleben. Nur wenn Gewinn gemacht wird, kann die Firma Steuern zahlen. Nur wenn jemand Steuern zahlt, habt ihr in der Regierung etwas auszugeben – ansonsten habt ihr NIX! Eine Firma lebt vom Verkaufen ihrer Waren oder ihrer Dienstleistung. Wenn sie nicht attraktiv ist, dann kauft keiner ihre Waren, dann ist es Essig mit dem Gewinn und den Steuern.

Wir sind eine weltweite Exportnation, das heißt, wir verkaufen nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Wenn Länder, die unsere Waren kaufen sollen, aber nichts damit anfangen können, dass Deutschland die Welt rettet, dann schauen sie sich die Qualität und den Preis der Ware an – und wenn wir dann im Vergleich aussehen wie eine Wetterhexe, die zwar gut arbeiten kann, aber na ja, und das andere Angebot zu der Funktion auch noch ein hübsches Aussehen in Form eines deutlich günstigeren Preises hat, kann sich jeder selbst vorstellen, wie das Ganze ausgeht.

Deutschland rettet die Welt – bis es bankrott ist!

Achim Rieger,
achim.rieger@kaanmedia.de,
kaanmedia.de

Mit Lotter Lebensräume gestalten!

Willkommen zum Schausonntag

- BÄDER
- KÜCHEN
- HEIZUNG
- ENERGIESPAR-ZENTRUM
- BODENBELÄGE
- FLIESEN
- TÜREN / TORE
- SICHERHEITS-TECHNIK
- FLÜSSIGGAS
- BEDACHUNG

Jeden 1. Sonntag im Monat 11-17 Uhr
Keine Beratung, kein Verkauf

LOTTER

Preis mit Nebenkosten

Komplexität und Lose-Lose-Situationen

Wenn der Ausstoß von Kohlendioxid immer mehr Geld kostet, wird der Umstieg auf grüne Technologien immer günstiger. Am Ende wird die Netto-Null durch das marktkonforme Mittel eines steigenden CO₂-Preises erreicht. Dieses Konzept für den Klimaschutz wurde bereits 1997 im Kyoto-Protokoll beschlossen. In der Umsetzung entstand aus der ebenso einfachen wie plausiblen Grundidee eine hochkomplexe, dynamische Situation mit Nebenwirkungen und inneren Widersprüchen.

Die Idee der marktgesteuerten Verringerung von Umweltschäden wurde Ende der 1960er-Jahre von den Ökonomen Thomas Crocker und Herman Dales entwickelt – damals mit Blick auf Schwefeldioxid-Emissionen und Sauren Regen. Streng limitierte Emissionszertifikate sollten nicht nur den Ausstoß immer teurer machen, sondern durch die Preis-Anreizwirkung auch die Mittel für den ökologischen Umbau zur jeweils effizientesten Methode lenken. In einem einheitlichen Markt kann dieser Ansatz

seine Wirkung praktisch ohne Bürokratie entfalten. Anders als der Saure Regen ist die Klimawirkung des CO₂-Ausstoßes jedoch ein globales Phänomen. Ein Weltmarkt für die Emissionsrechte existiert jedoch nicht.

Globaler Flickenteppich

Wichtige Staaten mit großen CO₂-Emissionen haben das Kyoto-Protokoll nicht unterschrieben und bleiben außen vor, andere haben Ausnahmeregelungen für sich durchgesetzt. Wiederum andere handeln bereits mit eigenen Zertifikaten. Zum Teil überschneiden sich diese Ansätze mit der Einführung von Steuern und Abgaben auf den Ausstoß des Klimagases beziehungsweise auf den Verbrauch fossiler Energieträger. In Deutschland wird die Abgabe seit 2021 für fossile Brennstoffe fällig. Sie steigt jährlich an: 2024 von 30 auf 45 Euro, 2025 auf 55 Euro pro Tonne emittiertem CO₂. Zu den Ländern mit eigenen Emissions-



Zsolt Pekker,
Inhaber des Redaktionsbüros Klartext: von Pekker!

handelssystemen gehören unter anderem das Vereinigte Königreich, Kasachstan, Südkorea, Mexiko, Montenegro, Neuseeland, Österreich und die Schweiz sowie – landesweit nur für den Energiesektor – China. Dort gibt es aber weitere, darüber hinausreichende regionale Zertifikatsbörsen, ebenso wie in den USA, Kanada und Japan. Weitere Staaten haben solche Systeme in Planung oder Entwicklung. Die EU unterhält seit 2005 das derzeit einzige länderübergreifende System für die Bereiche Energie, Industrie und Luftverkehr.

Angesichts des Klimawandels ist ein Flickenteppich zweifellos besser als ein völlig nackter Boden, doch die einfache und starke Hebelwirkung des Emissionshandels kann sich so auf globaler Ebene nicht entfalten. Zugleich führt die Bepreisung zu einem neuen ökologisch-ökonomischen Risiko: Carbon Leakage. Statt die Emissionen durch neue Technologie zu reduzieren oder teure Zertifikate zu kaufen, verlagert man die Produktion in ein Land mit weniger strengen Vorgaben. Die Gesamtemission bleibt unverändert hoch, doch die Wirtschaftsleistung geht dem ökologisch ehrgeizigeren Land verloren – eine Lose-Lose-Situation.



Die diamantbeschichteten „Zähne“ des Werkzeugs werden in Heitersheim gefertigt. Der Stahlkern, der den größten Anteil am Produktgewicht hat, wird importiert und ist von der CBAM-Regelung betroffen.

CBAM gegen Verlagerung

Diese soll in der EU durch das europäische CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) verhindert werden. Es soll einen Ausgleich des CO₂-Preises zwischen einheimischen Produkten und der Einfuhr aus Ländern mit niedrigerem oder keinem CO₂-Preis herstellen. Betroffen sind neben Chemiegrundstoffen wie Ammoniak und Kaliumnitrat vor allem Metalle und Metallprodukte. Der Klimazoll soll zwischen 2026 und 2034 stufenweise eingeführt werden. Um den CBAM-Satz für ein bestimmtes Produkt festzulegen, benötigt man allerdings Daten zu seinem spezifischen CO₂-Fußabdruck, den die Importeure detailliert aufgeschlüsselt an die EU melden müssen. Die Bagatellgrenze liegt bei 150 Euro pro Lieferung!

Seit vergangenem Oktober läuft bereits die Testphase, bis Juli genügen pauschalierte Standardwerte. Inzwischen müssen echte Werte gemeldet werden, doch die lassen sich in den meisten Fällen gar nicht ermitteln. In China könnte die Frage nach dem CO₂-Fußabdruck eines Produkts sogar als Verstoß gegen das 2023 erlassene Antispionagegesetz gelten. Kein Wunder, dass die Industrieverbände gleichzeitig über Undurchführbarkeit und enormen bürokratischen Aufwand klagen.

Kosten der Berichterstattung

Nicht nur durch CBAM entstehen solche „Nebenkosten“, die wie die Steuern

ebenfalls zur vollständigen CO₂-Bepreisung gehören. Einen ähnlichen Aufwand erfordert bereits die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die wegen des Lieferkettengesetzes letztlich auch die KMU erwischt. „Wir werden künftig sehr viele Faktoren erfassen müssen, bis hin zur Frage, ob die Mitarbeiter mit dem Auto, einem E-Bike oder einem normalen Fahrrad zur Arbeit kommen“, erklärt Stefan Haag, Geschäftsführer der Heger GmbH in Heitersheim.

Der Hersteller von Diamant-Schleifwerkzeugen beschäftigt rund 30 Personen und gehört zur Husquarna-Gruppe. Haag ist außerdem Vorsitzender des europäischen Branchenverbands der Schleif-

mittelhersteller (FEPA), der bereits beträchtliche Mittel investiert hat, um eine einheitliche Berichterstattung zu ermöglichen: 360.000 Euro für ein Excel-Tool zur standardisierten Datenverarbeitung, „von den zahllosen Sitzungen und Workshops zur Vorbereitung sowie dem künftigen Aufwand für Erfassung und Berichterstattung ganz zu schweigen. Das alles beansprucht etwa ein Viertel meiner Arbeitszeit.“

Zsolt Pekker,
pekker@pekker.de,
pekker.de

HINZ
MASCHINENBAUTEILE

Wir können
Schwergewichte!

Schweißteilkomponenten bis 50 Tonnen.

- Konstruktionsbüro
- Brennschneiden
- Schweißteile
- Spannungsarm Glühen
- Mechanische Bearbeitung
- Lackieren

Daimlerstraße 3-5 · D-71254 Ditzingen-Schöckingen · Tel. 07156 9555-0
Langwiesenstraße 14 · D-74363 Güglingen-Frauenzimmern · Tel. 07135 97405-0

www.HINZ-MBT.de



BUGA ade – doch was bleibt?

Rundgang über das ehemalige Gelände der BUGA 2023



Der Rückbau schreitet voran.



Das Kunstwerk „Conversio“ von Philipp Morlock bleibt erhalten.



Der Holzpavillon und die neue Bebauung in Käfertal-Süd.

Die BUGA 2023 ist vorbei. Insgesamt wurden ca. 62 Mio. Euro investiert. 178 Tage öffnete das Gelände seine Tore. Ca. 5.000 Veranstaltungen erfreuten die Gäste. Rund 2,2 Millionen Besucher besuchten das Event. „Ein voller Erfolg“, freut sich der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende Alexander Fleck, der auch Mitglied des Aufsichtsrates der BUGA-Gesellschaft ist. Die Seilbahn war eine der herausragenden Attraktionen. Sie verband die beiden Spielorte Luisenpark und Spinelli in wenigen Minuten über den Neckar hinweg. Der Luisenpark, der schon Spielstätte der BUGA 1975 war, bleibt erhalten. Doch was geschieht mit dem ehemaligen US-Army Gelände Spinelli? Dieser Frage widmete sich die MIT Mannheim bei einem Rundgang mit dem Geschäftsführer der BUGA 2023, Michael Schnellbach, über das Konversionsgelände.



Ausblick in die Au mit See.

Bereits für die Planungen der BUGA wurde sehr viel Fläche entsiegelt, damit die 2023 Zukunftsbäume, tausende von Blumen und die Veranstaltungspavillons Platz fanden. Doch auch jetzt rollen die Abrissbagger wieder, um Großteile der Gebäude auf dem Gelände zurückzubauen. Die als Eingang genutzten Garagenhallen sind bereits ebenso verschwunden wie die temporären Bauten und die Seilbahn. Jetziges Ziel ist die Schaffung von Wohnraum, aber auch einer Frischluftschneise, die die Mannheimer Innenstadt mit kühler Luft versorgen, und zugleich ein Naherholungsgebiet für den Menschen sowie ein Schutzgebiet für bedrohte Arten (Haubenlerche, Mauereidechse, Fledermaus) sein soll.

Die künstlich angelegten Blumenmeere sind bereits Magerwiesen gewichen und nur wenige Gebäude bleiben erhalten: Die alte Sporthalle soll für die neue Wohnbebauung als Kindertagesstätte dienen. Der Holzpavillon dient künftig kleineren Veranstaltungen als Schattenspender. In der U-Halle bleibt die Gastronomie sowie das Lapidarium erhalten und wird somit beliebtes Ausflugsziel. Der See in der Au wird bereits jetzt von den Kindern zur Abkühlung und zum Planschen genutzt.

Doch die weiteren Planungen der Stadtverwaltung zu diesem Ge-



Gemütlicher Abschluss im „Apero“.



Geschäftsführer Schnellbach erläutert die Planungen.

biet stoßen nicht nur bei der MIT Mannheim auf Bedenken. So soll hier der zentrale Grünhof für das ganze Stadtgebiet mit zahlreichem zusätzlichen PKW-Bewegungen entstehen. Die Wohnbebauung ist zudem mit reduziertem Stellplatzschlüssel und Quartiersgarage geplant. „Total am Bedarf und an den örtlichen Gegebenheiten vorbeigeplant“, kommentiert der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck die Planungen der Verwaltung. „Wir werden hier als MIT die weiteren Entwicklungen im Auge behalten und uns gegebenenfalls kritisch dazu äußern.“

Den Abschluss bildete ein gemütliches Zusammensein im „Apero“, der Gastronomie in der U-Halle. Bei einem Glas Roséwein tauschten die Anwesenden ihre Erfahrungen und Erlebnisse während der BUGA aus. ■

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

Familienunternehmen hat sich zukunfts- gerecht aufgestellt und modern ausgerichtet



Vertreter der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Main-Tauber unternahmen kürzlich einen Betriebsbesuch bei der Firma Tube Engineering GmbH in Tauberbischofsheim

Die seit Firmengründung vor zehn Jahren fortgesetzten Investitionen und Weiterentwicklungen waren Anlass einer Betriebsbesichtigung von MdL Professor Dr. Wolfgang Reinhart und Vertretern der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Main-Tauber bei der Michel Tube Engineering GmbH im Industriegebiet A81 in Tauberbischofsheim sowie eines Gesprächsaustausches mit Geschäftsführer Alexander Michel und Seniorchef Wolfgang Michel.

Das 2014 von Wolfgang Michel gegründete mittelständische Familienunternehmen produziert und liefert nach Maß pneumatische Rohrsysteme und Förderanlagen, die in der Schüttgutindustrie beim Fördern, Lagern, Trocknen, Mischen oder Dosieren von staub- und rieselförmigen Materialien und Pulvern eingesetzt werden. Die hergestellten Produkte finden etwa in der Kunststoffindustrie sowie in der Recycling- und in der Lebensmittelbranche ihre Anwendung. Zu den Kernkompetenzen zählen innovative und hochwertige Erzeugnisse

wie etwa Rohrbögen und Formteile Edelstahl oder Glas sowie Materialcontainer und Kupplungsbahnhöfe.

„Wir bieten alles aus einer Hand, um innerbetriebliche Prozesse und Folgeprozesse zu vereinfachen. Wir produzieren unsere Produkte automatisiert auf Rohrlaseranlagen und Schweißrobotern, um eine unkomplizierte Abwicklung mit schnellen Lieferzeiten zu garantieren“, erklärte Alexander Michel.

„Die Michel Tube Engineering GmbH befindet sich seit ihrer Gründung auf dem inzwischen 16.000 Quadratmeter großen Areal stetig im Wachstum“, berichtete der Geschäftsführer. So wurde 2015 das erste Büro- und Lagergebäude im Industriepark A81 mit etwa 1.000 Quadratmetern errichtet, das mittlerweile auf insgesamt 4.000 Quadratmeter erweitert wurde. Über 3.500 Produkte, 1.500 Stellplätze für Paletten, 100.000 Meter Rohr, 120.000 Rohrbogen, 25.000 Rohrformteile und

80.000 Rohrverbinder nannte Alexander Michel als beeindruckende Zahlen. Auf Nachhaltigkeit sowie Klima- und Umweltschutz lege das Unternehmen ebenso höchsten Wert. „Wir haben schon früh in eine autarke Stromversorgung mit Eigennutzung für unsere Produktion investiert, umweltfreundlich gebaut und langfristig geplant. Durch eine Photovoltaikanlage mit einer Gesamtleistung von 0,6 Megawatt können circa 150 Haushalte mit Strom versorgt werden“, so Michel.

„Mit jedem Wachstumsschritt vergrößern sich auch die Vorschriften, die nur mit sehr viel Aufwand zu bewältigen sind“, kritisierte Wolfgang Michel. „Statt Auflagen wünschen wir uns mehr Anreize, die uns im Wachstum bestärken und bei Investitionen ermutigen“, appellierte er. Im Gespräch mit MdL Wolfgang Reinhart wünschte sich der Unternehmer mehr unbürokratische Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe in der Region, um auch zukünftig mit großen

Unternehmen und Konzernen konkurrieren zu können.

„Mittelständische Familienunternehmen wie die Firma Michel sind ein wesentliches Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres gesellschaftlichen Wohlstands sowie ein Joker im nationalen und internationalen Standortpoker“, unterstrich Wolfgang Reinhart, der gleichzeitig die hohe Bedeutung dieser Unternehmen als Arbeitgeber und für die Beschäftigungsstrukturen insbesondere auch im ländlichen Raum wie etwa dem Main-Tauber-Kreis hervorhob. „Wer investiert, zeigt Vertrauen in die Zukunft. Dies repräsentiert die Michel Tube Engineering GmbH sowohl mit ihren Neubauten am hiesigen Standort als auch mit ihrer einhergehend umfangreichen Expansion und Betriebsmodernisierung auf eindrucksvolle Weise“, lobte Reinhart abschließend. ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL
(Kreisvorsitzender),
wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de

Natursteine
für Haus, Hof und Garten

Trockenmauersteine • Blöcke • Findlinge
Splitte • Pflaster • Platten • Steinkörbe
Quellsteine • Brunnen • Steinfiguren

FelsWERK
ZIMMERMANN

100 Jahre 1921 - 2021
KALK- UND SCHOTTERWERK

Gebr. Zimmermann GmbH • Kalk- u. Schotterwerk • Am Kalkwerk 95 • 71665 Vaih.-Roßwag • Tel. 0 70 42 / 82 43 - 34 • Fax 0 70 42 / 82 43 - 20
www.felswerk.de

MIT-Mitteilung mischt Kreispolitik auf

Eine Pressemitteilung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Göppingen hat die Kreispolitik aufgemischt. Die Mittelständler hatten sich in einer Versammlung einstimmig gegen den geplanten Abriss der Kreisklinik am Göppinger Eichert ausgesprochen, wenn das Gebäude nach Umzug der Klinik in ein neues Haus – geplant für Sommer 2025 – frei wird. Die Abrisskosten von geschätzt über 40 Millionen Euro für ein „Nichts“ könne man dem Steuerzahler nicht mehr vermitteln.

Der Kreistag hatten in den vergangenen Jahren schon drei Mal für den Abriss der Alt-Klinik votiert gehabt. Nun kommt, nach der mehrfach in den örtlichen Medien zitierten MIT-Pressemitteilung, neue Fahrt in die Diskussion um die Zukunft der alten Klinik auf. Auch deshalb, weil das mit den Abbruchplanung beauftragte Büro selbst die Abrisskosten von einst 6,3 Millionen Euro auf nun 26 Millionen Euro hochgeschraubt hat.



Foto: Bettina Fritz

Die MIT in Göppingen hat sich gegen den Abriss der Klinik am Eichert ausgesprochen, wenn der Neubau bezogen wird.

Zwischenzeitlich hat auch ein Göppinger Unternehmer Pläne für eine neue Nutzung des Gebäudes mit einer Gesamtfläche von 81000 Quadratmetern vorgelegt. Er will dort vornehmlich Mietwohnungen schaf-

fen, ein Hotel mit Veranstaltungsräumen, sowie einen Gesundheits- und Rehabereich errichten. Dazu soll das Gebäude voll entkernt werden und eine neue filigrane Fassade erhalten.

Kann Ihr Kunde Sie verstehen?

Sie gehören zu den Hidden Champions. Ihre Produkte sind Hightech, Ihre Dienstleistungen anspruchsvoll. Und Ihre Botschaften brauchen etwas mehr als drei Worte.

Was kompliziert ist, schreiben wir einfach.

Klartext: von Pekker! ist Spezialist für starke Texte und hochkarätigen Inhalt: Wir schreiben und redigieren Ihre Fachartikel, Presseinfos, Broschüren, Websites, Videoskripte, Podcasts und Social-Media-Posts.

www.pekker.de | redaktion@pekker.de | 07634 – 55 19 46



Die MIT hatte in ihrer Pressemitteilung auch erklärt, dass der Abriss einer gesunden Bausubstanz nicht mehr dem Zeitgeist entspreche (Stichwort: graue Energie). Zudem brauche es dringend neue Wohnungen, da der Markt äußerst angespannt sei. Nun soll im Herbst der Kreistag nochmals über den von der Klinik-Geschäftsführung favorisierten Klinik-Abriss entscheiden. ■

Rüdiger Gramsch (Pressereferent),
r.gramsch@maitis-media.de,
mit-gp.de

Mittelständler werfen Blick nach „Bella Italia“

Er ist Gastronom mit Leib und Seele und weiß, was seine Kollegen brauchen: Vincenzo „Enzo“ Arenare empfing die Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Kreis Göppingen in seinem „Mercatino“ (was soviel wie kleiner Markt bedeutet) in Bad Überkingen.

Kleiner Markt ist allerdings leicht untertrieben, denn auf gut 600 Quadratmetern hält Firmenchef Enzo von Mare Import alles bereits, was der Italienfan liebt und der Wirt in einem italienischen Restaurant benötigt. Davon konnten sich die Mittelständler bei einem Rundgang durch das Hochregallager selbst überzeugen.

Pasta, Pizzamehl, Wein, diverse Spezialitäten, Schinken- und Käsespezialitäten, Kühl- und Tiefkühlware und hält der Italiener, der über viele Jahre im Geislinger Raum in der Gastronomie gearbeitet hat, und vor dem Umzug nach Überkingen elf Jahre lang seinen Mare Import in Geislingen führte, für seine Kollegen vor. In drei Fahrzeugen bringen seine Mitarbeiter die italienischen Produkte zu den Restaurantbetreibern, auf der Schwäbischen Alb bis hinein ins Allgäu. Gute Qualität und verlässliche Lieferung sprechen sich rum.

Doch nicht nur Großkunden kommen bei „Enzo“ auf ihre Kosten. In dem Gebäudekomplex befindet sich auch ein gut sortierter Einkaufsmarkt mit Frischetheken. Hier begrüßt Enzo seine Kunden aus Bad Überkingen und umliegenden Gemeinden, die zu Hause gerne was italienisches kochen. In der dem Ladengeschäft angeschlossenen Cafébar gibt es nicht nur italienische Kaffeespezialitäten und Kuchen, sondern auch Weine, kleine italienische Snacks und Antipasti.

In diesem italienischen Umfeld konnte MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler die Mitglieder zur Arbeitssitzung begrüßen.



Ein Hauch von Italien verspürten die Mittelständler aus dem Kreis Göppingen beim Besuch von Mare Import in Bad Überkingen bei einem Buffet mit Antipasti.

Foto: Rüdiger Gramsch

Semmler freute sich, dass sich an diesem Abend eine Reihe neuer Gesichter bei der MIT vorstellen konnten. Neu eingerichtet wurde bei der MIT der Arbeitskreis Kommunales. Er wird vom ehemaligen Geislinger Oberbürgermeister Wolfgang Amann und der aus Maitis kommenden

Unternehmerin Susanne Gminder geführt. Der Arbeitskreis soll künftig das Bindeglied zwischen den CDU-Mandatsträgern in Kreistag und Gemeinderäte darstellen. Auf diese Weise will die MIT erfahren, welche Wirtschaftsthemen gerade in der jeweiligen Kommune aktuell sind und wo gegebenenfalls die MIT auch weiterhelfen kann.

Semmler nutzte das Treffen auch dazu, über das MIT-Spektakel im Göppinger Stauferwald am Vorabend der Europawahl zu informieren. Die Stimmung dort sei trotz Regen und kühler Temperaturen sehr gut gewesen. Von verschiedener Seite sei er darauf angesprochen worden, das Fest im Freien im kommenden Jahr zu wiederholen und zu einer festen Einrichtung werden zu lassen.

Ferner bereiteten die Mitglieder die Jahreshauptversammlung der MIT vor, die im September geplant ist, diskutierten ihre Unterstützung des CDU-Stadtverbandes beim Göppinger Stadtfest und besprachen auch das Programm der Weihnachtsfeier am 13. Dezember im „Deutschen Haus“ in Weilheim. ■

Rüdiger Gramsch (Presseferent),
r.gramsch@maitis-media.de,
mit-gp.de

„In der Gesundheitspolitik liegt vieles im Argen“



Foto: Privat

In Samarkand eröffnete Denise Hradecky die von ihr mitinitiierte Hochschule für Pflegeberufe.

Wenn es um das Gesundheitswesen und den Pflegebereich geht, kann sie ein gewichtiges Wort mitreden: Denise Hradecky aus Göppingen gehört zu den Expertinnen, deren Know-how auch international geschätzt wird. Wie zum Beispiel jüngst in Usbekistan, wo sie die Reform im Gesundheitswesen begleitet und den Aufbau einer Hochschule für Gesundheitswissenschaften mit initiiert. In ihrer Wahlheimat Göppingen bringt sich die zweifache Mutter mit ihrem Fachwissen ehrenamtlich ein – bei der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, sowie bei der Frauenunion.

Als Denise Farro in Oranjestad auf Aruba, eine zu den Niederlanden gehörende Karibikinsel, ihr Abitur machte und sich anschickte, in Europa Medizin zu studieren, träumte die junge Frau noch von einer Karriere als Ärztin. In Eindhoven startete sie ihr Studium mit den Schwerpunkten medizinische Diagnostik, Strahlen- und

Nuklearmedizin. Als radiologische Laborantin wollte sie später ihr Wissen in die Praxis umsetzen. Doch soweit kam es nicht. Sie erkannte bald, dass es im Gesundheitsmanagement und im Verhältnis Arzt-Patient viele Baustellen gab, die es zu beackern gilt.

Denise Farro wechselte die Seiten. Statt OP-Tisch beriet sie im renommierten Erasmus-Klinikum in Rotterdam den Vorstand, steuerte diverse Projekte u.a. im Bereich Finanz- und Prozessmanagement, im Marketing und im Bereich der Pflege. Dabei setzte sie sich mit der Finanzierung des niederländischen Gesundheitswesens auseinander und war mit Gesundheitsrecht, Gesundheitsökonomie und diversen Organisationsfragen betraut. In jener Zeit hatte sie durch internationales ehrenamtliches Engagement für junge Unternehmen und Führungskräfte auch ein Event der Göppinger Wirtschaftsunioren besucht. Dadurch lernte sie den Chef eines Forschungs- und Entwicklungs-

labors für Pharma, Material und Umwelt in Göppingen kennen und lieben.

In ihrer neuen Heimat startete Denise Hradecky nach einer Familienpause beruflich neu durch. In der Medius-Klinik in Nürtingen war sie als stellvertretende Pflegedirektorin nicht nur mit der Führung von über 700 Pflegekräften betraut, sondern sich auch um Prozessoptimierung, Budgetcontrolling und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen kümmerte. Schließlich hatte sie für die Medius-Klinik Personal im ehemaligen Jugoslawien angeworben. Von Nürtingen ging der berufliche Lebensweg weiter nach Stuttgart, wo sie als Vertragsprojektleiterin einer hausärztlichen Vertragsgemeinschaft auch mit gesetzlichen Krankenkassen verhandelte oder Projekte zur Hausarztversorgung steuerte.

Frei- und nebenberuflich arbeitete sie als Dozentin. U. a. für die Akademie der Kreiskliniken Reutlingen, wo sie über Gesundheitspolitik, der Rechtsentwicklung im

Gesundheitswesen und zur Organisationsfragen zur Weiterbildung referierte. Nicht missen möchte Denise Hradecky ihre Erfahrungen als Wirtschaftsprüfungsberaterin bei BW Partner in Stuttgart. „Hier habe ich ganz nah die miserable finanzielle Situation der Krankenhäuser erfahren können und gesehen, wie hart sie um ihr Überleben kämpfen. Die Politik muss den richtigen Fokus setzen und die richtigen Entscheidungen treffen“.



Foto: Denise Hradecky

Magische Momente erlebte Denise Hradecky in Usbekistan.

Zwei akademische Grade (Master of Science und Bachelor of Health) schon in der Tasche, belegte Denise Hradecky noch ein Studium an der Fernhochschule Hamburg, wo sie Wirtschaftsrecht studierte und dieses als Master of Laws abschloss. Das

geballte Wissen bringt Denise Hradecky in ihre 2016 gegründete Beratungsfirma Interorganizational ein, für die sie vor wenigen Wochen auch in Usbekistan an einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung mitorganisierten internationalen Konferenz

zur Gesundheitspolitik und zum Gesundheitsrecht in der vornehmlich islamisch geprägten ehemaligen Sowjetrepublik teilnahm. Zudem konnte sie in Samarkand, der zweitgrößten Stadt Usbekistans, eine Hochschule für Pflegeberufe eröffnen, die mit initiiert hat.

Wie man Pflegekräfte aus dem Ausland für kommunale Krankenhäuser hierzulande gewinnen kann, hat Denise Hradecky in einem Buch veröffentlicht, in dem sie auch eigene Erfahrungen mitverarbeitet hat. Das Buch hat sie zusammen mit Professor Gerald Sander von der Hochschule für Verwaltung und öffentliches Recht in Ludwigsburg verfasst und es ist bei SpringerGabler erschienen. Nach ihrem Engagement in Usbekistan legt Denise Hradecky ihre Hände nicht in den Schoß. Soeben schreibt sie an ihrem zweiten Buch, in dem es um die Transparenz im Gesundheitswesen geht.

Das berufliche Engagement bremst Denise Hradecky bei ehrenamtlichem Engagement nicht aus. So ist sie u.a. als Vorstandsmitglied beim Kiwanis-Club in Stuttgart aktiv, einer Hilfsorganisation für Kinder in Not. Zudem engagiert sie sich im Vorstand des CDU-Stadtverbandes Göppingen, sowie auf Bezirksebene in den Führungszirkeln bei der Frauunion und in der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Ihr Credo: Von ihrem beruflichen Wissen soll auch die Politik profitieren. „In der deutschen Gesundheitspolitik liegt einiges im Argen, das reformiert gehört“, analysiert Hradecky und will mit ihren Ideen die Zuständigen in Parlamenten und Regierungen erreichen. ■



Foto: Denise Hradecky

Mit Professor Gerald Sander verfasst Denise Hradecky ein Buch über die Gewinnung von Pflegekräften.

Rüdiger Gramsch,
r.gramsch@maitis-media.de,
mit-gp.de



Die drei Generationen der Familie Hofgut Weibler

Ökologisch und ökonomisch erfolgreich



Die tief beeindruckten MIT-Gäste vor der Fest- und Veranstaltungshalle

Was außergewöhnlich erfolgreiche Unternehmen auszeichnet, konnten die Gäste der MIT Hohenlohe bei der Einladung des Hofgut Weibler am 23. Juli 2024 im kleinen Weiler Siebeneich staunend erleben. Ein landwirtschaftlicher Betrieb, dessen oberstes wirtschaftliches Prinzip die Schöpfung von Synergieeffekten aus Weinbau, Landwirtschaft und Tierhaltung und der nachhaltigen Verbindung aller drei Bereiche umfasst. Angesichts der immer mehr herausfordernden Situationen in der Landwirtschaft und im Weinbau, ist das zukunftsgerichtete, strategische Konzept der Familiendynastie Weibler ein ganz außergewöhnliches Erfolgsbeispiel. Kein Wunder, dass die Besucher beim Rundgang und Konrad Weiblers Erläuterungen an den einzelnen Stationen tief beeindruckt waren.

Mit unternehmerischem Weitblick trafen die Eltern, Rolf und Gerda Weibler, bereits schon 1989 die Entscheidung, ihre Trauben nicht mehr länger an die Genossenschaft abzugeben. Mit der mutigen Konsequenz, die Weine selbst auszubauen und zu vermarkten. Dieses beherzte Selbstverständnis prägt bis heute das aus einem kleinen Hof gewachsene Unternehmen, das mittlerweile von der nächsten Generation der Brüder Konrad, Christof und Lorenz geleitet wird. Gerade im Weinbau lässt sich der Erfolg des Hofguts nicht nur deut-



Weinpräsentation im Probier- und Bewirtungsbereich

lich erkennen, sondern auch hervorragend genießen. Auf rund 35 Hektar Rebfläche werden zwei Drittel rote Rebsorten und ein Drittel weiße Rebsorten angebaut. Gesunde Reben und erstklassiges Lesegut sind die Resultate dessen, was schon früher die Landwirte und Wengerter wussten. Weinberge, die mit Mist gedüngt wurden, brachten komplexere Weine hervor, weshalb die Weiblers ihren Böden, den wertvollen natürlichen Dünger der eigenen Rinder zuführen. Im Weinkeller folgt mit schonender Technikeinsatz und behutsamem Umgang des kostbaren Leseguts der vorletzte Schritt, bevor die Weine in Edelstahl tanks ausgebaut, zu ihrer Vollendung reifen. Das Ergebnis: Charaktervolle, harmonische Weine in ausgezeichneter und bereits mehrfach prämiertes Qualität.

Die Kellerei ist komplett in die Kreislaufwirtschaft eingebunden. Wärme kommt aus der hofeigenen Biogasanlage, Kälte und der tägliche Stromverbrauch werden mit Sonnenstrom von insgesamt zwölf Dächern mit 1.800 kW Photovoltaik-Fläche erzeugt. Zum beispielgebenden Bioenergiekonzept gehören neben der 380 kW elektrische Leistung erzeugende Biogasanlage 2,5 Kilometer weit reichendes Nahwärmenetz, das über den Eigenbedarf hinaus mit rund 35 Abnehmern mehr als das halbe Dorf

versorgt, sowie eine 130 kW starke Hackschnitzelanlage und die dazugehörige Holzschmelze-Trocknungsanlage für die Schüttgüter. Im gesamten Betrieb werden keinerlei fossile Energieträger zur Wärmegewinnung verbrannt, weder Öl noch Gas. Übrigens können Mitarbeiter das E-Auto am Arbeitsplatz kostenfrei laden.

Zur landwirtschaftlichen Fläche zählen darüber hinaus die 90 Hektar Silomais, 20 Hektar Winterweizen, sowie die Energiepflanze Silphie, jeweils ein Hektar Mostobst und Walnusskultur, sowie drei Hektar Wald.

Als wahre Augenweide zeigten sich die, prachtvollen, kräftigen, rundum sich wohlfühlenden Ochsen, die angesichts der sie streichelnd wollenden Besucher überhaupt

die neue Gutsmetzgerei gebaut – die erste gläserne Metzgerei in der Region – in der ohne industrielle Produktionsmethoden gearbeitet und auf Geschmacksverstärker oder zugekauft Rindfleisch konsequent verzichtet wird. Mehrmals im Jahr laden die Weiblers zu ihren mittlerweile legendären Hoffesten in ihre, mehreren hundert Gästen Platz bietende, Festhalle nach Siebenbrunn ein, zu jahreszeitlichen Themen wie Erdbeer- oder Walnussfest, herbsteilicher Bauernmarkt und natürlich zu Ochs am Spieß. Diesen Genuss wissen auch die Gäste von Betriebsfest bis zu Dorf- und Vereinsfesten zu schätzen, zu denen die Veranstalter das Hofgut als Dienstleister buchen. Wie das gesamte Betriebskonzept



Kälberaufzucht mit Tiefstreu

keine Scheu zeugten. Gleich neben den 450 Mastplätzen befinden sich auf Tiefstreboden die 150 Kälberaufzuchtplätze. Die Bullen- und Ochsenmast umfasst fast ausschließlich die Fleckvieh-Rasse, auch als Simmentaler bezeichnet. Da Ochsen aufgrund eines anderen Hormonhaushalts ein langsames Fleischwachstum haben, werden diese anders gefüttert. Das Fleisch ist dadurch fein marmorierter und geschmacksvoller. Gourmets wissen das zu schätzen. Rund die Hälfte der Erzeugung wird über die Gutsmetzgerei und Ochs am Spieß eigenvermarktet, die andere Hälfte geht an den Viehhändler.

Die Direktvermarktung ist dabei ein ganz besonderes Schmankerl. Auch hier gilt Transparenz, Tierwohl und Achtsamkeit oberstes Prinzip. Ende 2021 wurde daher

ist auch hier rundum alles perfekt, vom eigenen Grill und eigenen Mitarbeitern vor Ort bis zu den tellerfertigen, mit Soße garnierten Portionen. Ganz bescheiden meint Konrad Weibler dazu, „Unser Ziel ist es, hochwertige landwirtschaftliche Produkte selbst zu erzeugen und zu vermarkten“. Vom exzellenten Geschmack der Hofguterzeugnisse konnten sich auch die Gäste des Abends bestens überzeugen, mit leckeren Wurstspezialitäten, selbstverständlich alles vom Ochsen, bis zu köstlichen Weinen. ■

Werner Koch (Pressereferent),
werner.koch@wernerkoeh.de,
mit-hohelohe.de

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... ich mit meinen internationalen Erfahrungen in der Industrie die digitale Transformation im Mittelstand unterstützen möchte.“



Nils Kantola
Unternehmensberater
MIT Baden-Baden

„... Erhards Wohlstand für alle die Grundlage für die Beständigkeit unserer Demokratie war und auch weiterhin sein wird.“



Sandro Noel Rittershofer
Student des Wirtschaftsingenieurwesens
MIT Karlsruhe-Stadt

„... es ohne einen sicheren und leistungsstarken Mittelstand bald kein funktionierendes „System Deutschland“ geben wird!“



Christof Weber
Geschäftsführer
MIT Göppingen

Nils Kantola stammt aus Turku, Südwestfinland und lebt seit 1998 in seiner Wahlheimat Baden-Baden. Die wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Länder stehen seit Jahrzehnten im Fokus seiner geschäftlichen Tätigkeiten und Funktionen. Diese waren u.a. die Etablierung skandinavischer Unternehmen im deutschsprachigen Raum, einschließlich geschäftsführender Tätigkeiten. In seiner jetzigen Funktion als unabhängiger Berater vertritt Kantola finnische Unternehmen, die innovative Lösungen im Bereich der Digitalisierung anbieten und sich in Deutschland, vorzugsweise BW, ansiedeln möchten. Mit der Vermittlung der Erkenntnisse aus dem Erfahrungsvorsprung skandinavischer Unternehmen bei der digitalen Transformation, die sowohl Steigerung bei Produktivität und Konkurrenzfähigkeit belegen, möchte er seinen Beitrag zu dem so wichtigen Erhalt eines gesunden Mittelstandes in BW leisten. Im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg International unterstützt er die Organisation von Delegationsreisen der Industrie zwischen D und FIN. ■

Nils Kantola,
nils.kantola@t-online.de,
[LinkedIn: nils.kantola](https://www.linkedin.com/in/nils.kantola)

Sandro Rittershofer (20) hat im vergangenen Jahr sein Abitur mit der Bestnote 1,0 abgeschlossen und sich daraufhin ehrenamtlich im Rahmen der UEFA-EURO 2024 engagiert. In diesem Herbst beginnt er am KIT in Karlsruhe sein Studium des Wirtschaftsingenieurwesens, was seinem großen Interesse an unternehmerischen Themen Rechnung trägt. Mittelfristig strebt er eine Managementposition in der Automobilindustrie an.

Neben dem Studium arbeitet er in einer Nachhilfeschool in seiner Heimatstadt. Dieser ist er auch durch sein Engagement als stellvertretender Kreisvorsitzender der JU Karlsruhe verbunden.

Darüber hinaus ist er Landessieger von Jugend debattiert 2021 und weiterhin als Juror engagiert. ■

Sandro Noel Rittershofer,
sandro.rittershofer@web.de,
[cdu-karlsruhe.de](https://www.cdu-karlsruhe.de)

Christof Weber ist Inhaber der HerzWeberei, einem Unternehmen im Bereich der Alltagsbegleitung und hauswirtschaftlichen Unterstützung.

Durch persönliche familiäre Erfahrungen wurde ihm bewusst, wie dringend der Bedarf an Unterstützung im Alltag besonders für ältere oder hilfsbedürftige Menschen ist.

Die 2020 gegründete HerzWeberei setzt genau hier an. Sie bietet umfassende Dienstleistungen, die den Menschen ermöglichen, ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu führen.

Eine seiner Leidenschaften, schon in jungen Jahren, ist bis heute der Fußball. Mit 18 Jahren wurde Weber A-Junioren-Meister mit seinem Herzensverein dem VfB Stuttgart. Nach einigen Jahren als Vertragsspieler, steht er nunmehr seit 24 Jahren als Torspieler der VfB Stuttgart Traditionsmannschaft immer noch zwischen den Pfosten. ■

Christof Weber,
info@HerzWeberei.de,
[HerzWeberei.de](https://www.HerzWeberei.de)



*Inhalt und Engagement,
statt großer Bühne*

Armin Leicht

nach schwerer Krankheit verstorben

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Südbaden trauert um den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Armin Leicht. Wir verlieren mit ihm eine entschiedene und klare Stimme für die gelebte soziale Marktwirtschaft. Ganz Jurist ging er Sachverhalte und Probleme systematisch und analytisch an. Machbare Lösungen statt leerer Ankündigungen waren sein Ziel. Für ihn hatte das Recht auf und die Pflicht für die Eigenverantwortung große Priorität, bevor man nach der Unterstützung der Solidargemeinschaft rufen darf und rufen kann. Dies hat er auch selbst so vorgelebt. Armin Leicht war systematisch und grundsätzlich. Er hat entschieden, mit guten und überzeugenden Argumenten in der Sache gestritten, in und für die Thematik bis zur Entscheidung gekämpft. Mehrheitsbeschlüsse hat er – selbst, wenn er sich nicht durchsetzen konnte- vehement verteidigt und mitgetragen. Demokrat, durch und durch, Intoleranz war ihm einfach zuwider.

Dienen und Werte waren für Armin Leicht keine Worthülsen, sondern ein Anliegen und unverhandelbar. Einige Anträge auf Landes- oder Bundesebene tragen seine Handschrift, ohne dass man sie direkt mit seiner Person in Verbindung bringen würde. Er persönlich suchte nicht die Öffentlichkeit, sondern freute sich, wenn Inhalte fernab des flüchtigen Zeitgeistes zukunftsfähig waren und bestehen konnten.

Durch Armin Leicht wurden wir im Tagesgeschäft immer wieder daran erinnert, dass Frieden und Freiheit, Wohlstand und gesellschaftliches Miteinander nicht selbstverständlich sind, sondern gehegt und gepflegt, dafür gekämpft und gestritten werden muss.

In seinem Sinne werden wir weitermachen. Wir danken ihm für die Zeit, sein Engagement und auch die Impulse und Freundschaft, die uns bei unserem weiteren Engagement begleiten werden. Danke Armin, du bist uns vorausgegangen und wir machen weiter...

MIT Südbaden **MIT** Baden-Württemberg **MIT** Ortenau

Farbengewirr

Deutschland steuert italienischen Verhältnissen entgegen



Tobias Vogt Mdl, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Früher galt Deutschland als politisch stabil. In den letzten zehn Jahren hat sich die politische Landschaft in Deutschland allerdings drastisch verändert. Die AfD sitzt seit 2017 im Bundestag und aktuell in 14 der 16 Landesparlamente. Die Wagenknecht-Partei BSW wird bundesweit derzeit auf 7 Prozent taxiert. Die PDS-Nachfolgerin „Die Linke“ ist in acht Ländern im Parlament vertreten. Über Jahrzehnte hinweg gab es vier Parteien in den Parlamenten (CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne), inzwischen wird eine Regierungsbildung immer komplizierter.

Dreiparteienkoalitionen mussten im Bund und momentan in sechs Bundesländern gebildet werden. Deren gemeinsamer Nenner ist naturgemäß erheblich kleiner als in einer Koalition aus zwei Parteien. Regieren wird immer umständlicher, konfliktreicher und lahm. Je mehr Parteien und Abspaltungen, desto handlungsunfähiger werden die Regierungen.

Noch extremere Entwicklungen zeigten sich bei den jüngsten Kommunalwahlen, vor allem in großen Städten. Im Stuttgarter Gemeinderat sind jetzt 14 Listen vertreten. Die CDU wurde erfreulicherweise stärkste Kraft, aber gerade einmal mit 23,4 Prozent. Auf Platz zwei kamen die Grünen mit 22,9 Prozent. Die beiden stärksten Parteien haben zusammen nicht einmal die Hälfte der insgesamt 60 Sitze gewonnen. Andererseits sitzen nun sieben Listen mit einem oder zwei Mandaten im

Stuttgarter Gemeinderat. Ein Sammel-surium an Einzelmeinungen. So wird Kommunalpolitik zur Comedyshow. Verantwortlich dafür ist die grün-rote Koalition 2013, die ein unsägliches Auszählverfahren für die Kommunen im Land eingeführt hat.

Stuttgart ist kein Einzelfall. In allen baden-württembergischen Großstädten das gleiche Bild: im Durchschnitt wurden in den Stadtrat einer baden-württembergischen Großstadt Kandidaten von 13 Parteien und Listen gewählt – fast die Hälfte sind Alleingänger. Wie soll ein Bürgermeister so vernünftige Mehrheiten finden und die Stadt voranbringen? Deshalb müssen wir das Wahlgesetz wieder korrigieren. Eine Prozent-Sperrklausel für Kommunalwahlen und ein vernünftiges Auszählverfahren würden verhindern, dass „Paradiesvögel“ ihren politischen Klamauf in den Gemeinderat tragen können.

Wer wählt die Polit-Clowns?

Das Wahlrecht ist das eine, das Wahlverhalten das andere. Den Wählerinnen und Wählern möchte man zurufen: Überlegt euch, was ihr mit eurer Stimme macht. Zurück zu den Landtagen und Bundestag: Zu Recht kritisieren alle, wenn die Parlamente immer größer werden. Aber: Die Zunahme kommt nicht daher, dass die Normgröße dieser Parlamente erhöht wurde. Die Zu-

nahme kommt durch die Ausgleichsmandate. Zur Erklärung: Wenn viele kleine Parteien zusammen zwar viele Stimmen, aber keine Direktmandate gewinnen, entstehen (rechnerische) Überhangmandate bei den Parteien, die viele Wahlkreise auf niedrigem Niveau gewinnen. Sie haben dann im Verhältnis zur Konkurrenz mehr Sitze als ihnen gemäß Wahlergebnis „zustehen“. Überhangmandate an sich wirken sich auf die Größe eines Parlaments nicht aus. Aber: Sie führen zu „Ausgleichsmandaten“ bei den anderen Parteien. Mit diesen zusätzlichen Sitzen wird am Ende das Sitzverhältnis wieder dem Wahlergebnis angeglichen. Je mehr Parteien im Parlament vertreten sind, umso mehr Ausgleichsmandate werden fällig. Die „aufgeblähten“ Parlamente sind also die logische Folge des zunehmenden Parteienwirrwarrs. Wer also nicht will, dass die Parlamente „aufblähen“, kann bei seiner Stimmabgabe anfangen. ■

Tobias Vogt Mdl,
tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de,
tobias-vogt.de

Unterstützung für Kurs der Landes-CDU

MIT Mensch Manu



Unter dem Motto "Mensch Manu – auf ein Wort mit Manuel Hagel" tourte der CDU-Fraktions- und Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Manuel Hagel, im Juli und August durch das Land. Im Rahmen seiner Sommertour bot sich in mehreren Veranstaltungen die Gelegenheit, den Politiker auch einmal von einer persönlicheren Seite kennenzulernen.

Neben Geschichten und Erfahrungen des Menschen Manuel Hagel, standen aber auch inhaltliche Dinge im Vordergrund. Dies wurde durch die vielen Wortmeldungen und Fragen der Anwesenden deutlich. Migration, Fachkräftemangel, Bildung oder innere Sicherheit waren nur einige der Themen, die von den Zuschauern angesprochen wurden. Manuel Hagel legte dabei nicht nur eine starke inhaltliche Linie dar, sondern brachte auch ein vernünftiges und verlässliches Wertegerüst zum Ausdruck. So sah er die Stärkung der individuellen Freiheit, mehr

WIR VEREDELN



Eloxal-, Harteloxal und Chromatschichten auf Aluminium.

Wir heben Ihr Produkt hervor!

Oberflächenveredelung von Aluminiumteilen durch Eloxierung und Chromatierung.

DIENER & RAPP

Eloxalbetrieb GmbH & Co. KG

Junkerstraße 39
78056 VS-Schwenningen
Telefon 0 77 20 / 95 64 02
Telefax 0 77 20 / 95 64 03
info@dienerapp.de

www.dienerapp.de



Bastian Atzger, MIT-Landesvorsitzender, war bei der Abschlussveranstaltung am Hockenheimring zu Gast: „Man hat an den Reaktionen gesehen, dass die Agenda von Manuel Hagel stimmt. Sie deckt sich mit unserer DNA und unseren Inhalten. Wir unterstützen Manuel Hagel sehr gerne darin, dass diese Botschaft in der CDU auf eine breite Mehrheit trifft, um die anstehenden Aufgaben geschlossen und gestärkt angehen zu können. Täglich wandern Mittelständler

Risikobereitschaft, mehr Eigenverantwortung und die Rückkehr zur Leistungsgesellschaft als Schlüssel zum Ausweg aus der aktuellen Krise.

Ruth Baumann, Mitglied im CDU- und MIT-Bundesvorstand sowie Bezirksvorsitzende in Südbaden, nahm in Breisach an der Veranstaltung teil. In ihrer Einschätzung teilt sie die Schwerpunkte, die Manuel Hagel vertrat: „Endlich werden mal Dinge nicht nur beim Namen genannt, sondern auch nach Lösungen gesucht. Nach der Erkenntnis gilt es nun anzupacken – analog zu der Baden-Badener Erklärung der MIT.“





sixt
**Pressteile
Presswerkzeuge**

**Ihr Partner... von der
Entwicklung bis zur Serie.**

www.sixt-gmbh.de

Sixt GmbH Rudolf-Diesel-Str. 1 · 71106 Magstadt

ab oder müssen ihr Betriebe schließen – es ist höchste Zeit, dass wieder Leistung zählt und nicht weltfremde Ideologien.“ ■

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvbw.de,
mit-bw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Mittelstand in Europa

Neue Personalien in der EU-Kommission - Mittelstands Check

Nach dem angekündigten Kurswechsel hin zu Industrie und Wettbewerbsfähigkeit wird in Brüssel und Deutschland mit Spannung die Ernennung der neuen Kommissare erwartet. Von der Leyen verhandelt derzeit mit den Regierungschefs über die zu vergebenen Posten. Das Wettrennen um die Portfolios ist gestartet. Mit Sicherheit den wichtigsten Einfluss wird der Kommissar für Industrie bis 2029 innehaben: quasi ein Superkommissar angesichts der Schwerpunktsetzung. Mit wem er besetzt und wie die Rolle ausgestaltet wird, ist unklar. Klar ist jedoch, dass Thierry Breton in der Startposition steht. Durch Macron wurde er erneut für das Amt vorgeschlagen. Eine andere wichtige Rolle könnte der Spanierin Teresa Ribera zukommen. Als amtierende Klima- und Umweltministerin Spaniens könnte sie in die Verantwortung für das Energieportfolio kommen. Als Sozialdemokratin wird sie versuchen, den Green Deal weiterhin regulierungsstark durchzusetzen. Ein starkes Team unter von der Leyen ist unerlässlich, das Wirtschaft, Industrie und

KMU in den Mittelpunkt rückt. Der Posten als Mittelstandsbeauftragter ist nach dem Verzicht von Markus Pieper (CDU) weiterhin zu besetzen. Es muss jetzt eine zügige, kompetente Besetzung folgen.

Kommende Legislatur - Mittelstands Check

In den letzten Jahren waren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von überbordender EU-Regulierung und detaillierten Berichterstattungspflichten betroffen. In Zeiten der Corona-Krise und dem europäischen „Green Deal“ mit Maßnahmen zur Dekarbonisierung war und ist das Unternehmertum mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Glas klar ist: KMU sind das Herz der europäischen und baden-württembergischen Wirtschaft und müssen gehört werden. Was KMUs in Europa brauchen ist eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die ihre Bedürfnisse versteht. Hier sind in der vorgestellten Programmatik der Kommissionspräsidentin für kleine und mittelständische Unternehmen wichtige Signale zu erkennen.



Prof. Dr. Andrea Wechsler MdB, Beisitzerin im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg

In der kommenden Legislatur wird das Thema Wettbewerbsfähigkeit ganz klar in den Vordergrund gerückt. In den ersten 100 Tagen der neuen Präsidentschaft soll ein „Clean Industrial Deal“ folgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Interessen des Mittelstands und der Industrie klar vorangestellt sind. Der Wettbewerbsfähigkeit folgt ein Dreiklang aus Vereinfachung der Regulierung, Digitalisierung und Innovation, und die Stärkung des Binnenmarktes. Der gesamte EU-Gesetzesbestand soll einem Stresstest unterzogen werden, um darauf aufbauend Vorschläge zur Vereinfachung und Konsolidierung der Rechtsvorschriften zu erarbeiten. Dies ist besonders im Rahmen der Revision des „Fitfor55“ Pakets notwendig. Vor dem Hintergrund des im Februar formulierten Zwischenziels von 90 Prozent Treibhaus-

gas-Reduzierung bis 2040, brauchen eine klare Linie. Es braucht innovative Maßnahmen zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen, Technologieoffenheit, schnellen Genehmigungsverfahren, regionaler Wirtschaftsförderung und Fachkräftesicherung sowie einen umfassenden Bürokratieabbau. Um die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern, brauchen KMU einfachen Zugang zu digitalen Plattformen, Werkzeugen und entsprechendem Know-How. Die digitale Infrastruktur von KMU sollte als Treiber von Innovation in den Vordergrund gestellt werden. Die Europäische Union hat Spitzenköpfe im Bereich der Innovation. Hier warten enorme Chancen für den Mittelstand die Technologiespitze zu werden, wenn man einen echten digitalen Binnenmarkt schafft. Zusammengefasst spiegeln diese Prioritäten das Bestreben wider, KMU in der EU zu stärken und ihnen die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, um in einer zunehmend digitalen und nachhaltigen Wirtschaft erfolgreich zu sein. Dieses Vorhaben müssen wir als CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament konsequent verfolgen und sicherstellen, dass die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission die richtigen Nerven treffen.

Die Europäische Union nimmt zudem einige bereits in der letzten Periode angekündigte oder angefangene berichte mit in die neue Legislatur, die den Mittelstand in Baden-Württemberg und Europa beeinflussen. Die Kleinanlegerstrategie wurde bereits im Plenum abgestimmt und kommt anschließend in die sogenannten Trilogverhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem Rat der Europäischen Union. Bereits im Ausschuss ist es unserem CDU/CSU-Schattenberichterstatter gelungen wichtige Änderungen einzubringen. So konnte ein Provisionsverbot und somit ein entsprechender Markteingriff verhindert werden. Es wurde sich klar gegen Sozialdemokraten und Grüne durchgesetzt. Wichtig ist mit Blick auf die kommende Legislatur mehr Synergien zwischen den verschiedenen Rechtstexten in Bezug auf Kleinanleger zu schaffen. Berichtspflichten und bürokratische Hürden sollten eingedämmt werden.



Besonders im Bereich der Beschäftigungspolitik kommen in der nächsten Legislatur einige Berichte dazu. Die EU-Kommission hat bereits Sozialpartner zu EU-Maßnahmen zur Sicherstellung fairer Telearbeit und des Rechts auf Nichterreichbarkeit konsultiert. Ein grundsätzlich positives Vorhaben, das sicherlich Neuerungen für Arbeitgeber in der weiteren betrieblichen Planung mitbringen wird, die nicht über ihren Zweck hinausgehen sollten.

Ein weiteres Dossier, ist die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, welches seit 2021 blockiert ist. Es ist klar, die Arbeitnehmerfreizügigkeit muss gewähr-

leistet sein. Dieses Thema ist besonders relevant für grenzüberschreitend tätige Unternehmen in Baden-Württemberg, die etwa mit dem Regelungswirrwarr aus der heterogenen Umsetzung zur Entsendung und A1 Bescheinigung konfrontiert sind. Die bürokratischen Hürden sind nachteilig für betroffene Betriebe und natürlich den Binnenmarkt. Ein etwaiger Neuversuch zur Koordinierung der Sozialsysteme, darf jedoch nicht in eine Angleichung ausarten, sondern muss das Subsidiaritätsprinzip wahren, wirtschaftlich umsetzbar sein und den digitalen und technologischen Fortschritt berücksichtigen. Schließlich sind

Wir setzen Ihre Maschine auf den Punkt.

Kierdorf & Söhne GmbH
76676 Graben-Neudorf

kierdorf-soehne.de

der EU-Talent-Pool und die Praktikumsrichtlinie zwei Initiativen, die von der EVP unterstützt werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und jungen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Doch auch hier stellt sich die CDU/CSU klar gegen detailtiefe arbeitsmarktrechtliche Eingriffe und die Aushebung gut funktionierender bestehender Strukturen. Die Anstellung von Praktikanten darf keinesfalls erschwert werden.

Aktuelle EU-Diskussionen - Mittelstands Check

Momentan erreichen mich viele Zuschriften zum Thema EU-Entwaldungsverordnung (EUDR). Viele KMUs fallen, ob nun direkt oder indirekt, in den Geltungsbereich dieser Gesetzgebung sind mit der Herausforderung konfrontiert und müssen folglich komplexe Nachweispflichten zu erfüllen. Der Aufwand, um die geforderten Informationen entlang der Lieferkette zu sammeln, kann für kleinere Unternehmen erheblich sein und ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Die CDU/CSU-Abgeordneten haben sich bereits mit einem Brief an Frau von der Leyen gewandt um die Verschiebung der Umsetzung gebeten. So könnte unbürokratische Flexibilität für Anwender erarbeitet werden.

Zusätzlich hat die Europäische Kommission im Jahr 2023 eine Reihe von Maßnahmen zur Bürokratieentlastung an-



gekündigt, darunter die Berichtspflichten um 25 % zu reduzieren. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. EU-Taxonomie, die Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und die Lieferkettenvorgaben belasten derzeit kleine und mittelständische Betriebe und befinden sich in der Umsetzung. Entlastungsmaßnahmen müssen für den Mittelstand in dieser Legislatur schnell und effektiv umgesetzt werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Diskussion um den Letta-Bericht, der zahlreiche Vorschläge zur Stärkung des Binnenmarkts enthält. Der Bericht hebt hervor, dass Überregulierung für viele kleine und mittlere Unternehmen eine untragbare Belastung darstellt und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt

gefährdet. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnisse in den kommenden Gesetzgebungsprozessen berücksichtigt werden.

Mit Spannung wird auch der Bericht des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi erwartet, der die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union unter die Lupe nimmt. Draghi hat bereits davon gesprochen, dass die EU einen „radikalen Wandel“ vollziehen muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Was konkret er vorschlägt, bleibt abzuwarten. Abschließend lässt sich festhalten, dass die EU zwar zahlreiche Initiativen zur Förderung des Mittelstands angestoßen hat, die tatsächliche Umsetzung dieser Maßnahmen jedoch entscheidend sein wird.

Der Mittelstand in Baden-Württemberg und der gesamten EU benötigt eine Politik, die die realen Herausforderungen der Unternehmen ernst nimmt. Eine konsequente Überprüfung und Anpassung der bestehenden Regelungen im Dialog mit den betroffenen Unternehmen ist unerlässlich. Der Mittelstand muss langfristig gestärkt werden, da er eine zentrale Rolle in der europäischen Wirtschaft ist. ■

CLAUS

GEBÄUDEREINIGUNG

— Meisterbetrieb seit 1947 —

Bau-Reinigung

Fassaden-Reinigung

Glas-Reinigung

Unterhalts-Reinigung

Jalousien-Reinigung

Schwimmbad-Reinigung

Kehrwochen-Reinigung

Teppichboden-Reinigung

Winterdienste /
Parkflächenreinigung

Reinigung Photovoltaik-
und Solaranlagen

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG · Vaihinger Str. 31 · 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031-814792 · info@claus-gebauedereinigung.de · www.claus-gebauedereinigung.de

Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP,
mail@andrea.wechsler.de,
andrea-wechsler.de



Zukunftsbranche
in Gefahr –
Games Standort



Deutschland sichern

BESCHLUSS DES MIT-PRÄSIDIUMS VOM 20.08.2024

In Deutschland findet mit der gamescom die größte Messe der Welt für Computer- und Videospiele sowie Unterhaltungselektronik statt - seit 2009 in Köln. Die Gamesbranche hat sich inzwischen zu einem bedeutenden Zweig der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt: sie ist schon immer ein dauerhafter Treiber von Innovationen und Digitalisierung. Durch Gamification erreichen Games Branchen und Betriebe und werden vielfältig eingesetzt. Zumeist mittelständische Betriebe und rund 30.000 Arbeitsplätze zählen zur Games-Branche. Die Umsätze beliefen sich 2023 auf 9,97 Milliarden Euro.

Aber inzwischen steckt die Branche in Deutschland in der Krise. Laut dem Verband der deutschen Games-Branche e. V. sank der Umsatz der Branche im ersten Halbjahr um 6% auf 4,3 Mrd. Euro. Die Anzahl der Neugründungen ging im Vergleich zu 2020 sogar um 65% zurück.

Diese Probleme sind wie in anderen Branchen auch politisch hausgemacht. Es fehlt an Fachkräften. Die Standortkosten in Deutschland sind zu hoch. Es gibt keine ausreichenden Anreize für Innovation und Forschung. Planungssicherheit ist nicht mehr gegeben. Deutschland braucht eine Wirtschafts- und damit auch eine Gameswende.

Die MIT fordert für eine Sicherung des Games-Standort Deutschland:

1. Zuständigkeitschaos beenden und Investitionssicherheit herstellen

Aktuell ist die Zuständigkeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie der Beauftragten für Kultur und Medien zerrissen. Als Beispiel sei die Computerspieleförderung des Bundes genannt, die 2019 vom unionsgeführten Verkehrsministerium eingeführt wurde. Seit Mai 2023 hält ein Förderstopp



der im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beheimateten Computerspieleförderung an. Neue Fördergelder für das Haushaltsjahr 2024, angesiedelt bei der Beauftragten für Kultur und Medien, sind bisher noch nicht abrufbar. Dies führt zu einem Förder-Ping-Pong und unklaren Verantwortlichkeiten. Es braucht klarer Zuständigkeiten. Die Branche braucht EINEN Ansprechpartner.

Und Verlässlichkeit. Der plötzliche Stopp der Förderpolitik für die Games Wirtschaft in 2023 war das Gegenteil davon. Dabei hatte die Koalition im Koalitionsvertrag noch angekündigt, den Games-Standort Deutschland zu stärken und die Förderung zu verstetigen. Die Auswirkungen, weniger Studiogründungen sowie das Ausbleiben internationaler sowie nationaler Investitionen in die Games-Branche Deutschland sind bereits jetzt deutlich zu erkennen. Statt immer neuer kurzfristiger Geschenke oder Ankündigungen braucht es Planungssicherheit.

Die Branche ist aktuell durch den Haushaltsdauerstreit betroffen. Nahezu 40% der zugesagten Förderung stehen deshalb in Frage. Die fehlende Planungssicherheit betrifft Start-Ups und Traditionsunternehmen in gleicher Weise. Die Folge ist Reduzierung oder Verlagerung der Investitionen außerhalb von Deutschlands, insbesondere weil es sich bei der Förderung, um eine Förderung von Entwicklung und Produktion einer in Deutschland immer noch im Aufbau befindlichen Industrie handelt.

2. Fachkräfteeinwanderung erleichtern

Die Games-Branche beschäftigt hochqualifizierte Arbeitskräfte, die Teil der Lösung der Digitalen Transformation in Deutschland sein können.

Allerdings ist Deutschland als Standort für Fachkräfte zunehmend unattraktiv. Denn hier sind Steuern und Sozialabgaben auf einem Höchststand. Hinzu kommt das Unverständnis einer dynamischen digitalen Branche für die starren analogen Strukturen.

Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz ändert daran leider nur wenig. Statt neuen Fachkräften bringt es vor allem neue Bürokratie für Unternehmen. Deutschland braucht eine neue, vereinfachte Einwanderungsweg für Fachkräfte. Dazu gehört ein Ausbau der sogenannten „Fast Track“-Verfahren. Mit Steuergeld finanzierte Goethe-Institute, Auslandsschulen oder andere Einrichtungen müssen öffentliche Anwerbestellen werden.

3. Gründungen erleichtern

Der Games-Standort Deutschland konnte über viele Jahre auf verlässliche Rahmenbedingungen bauen - rechtlich und finanziell. So wurde Deutschland zur unternehmerischen Heimat für Gründerinnen und Gründer. Zur Erleichterung von Gründungen würde eine Gründerschutzzone beitragen. So könnten sich Gründer vor allem auf den Aufbau ihres Geschäfts fokussieren. Zudem müssen Unternehmensgründungen digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sein. ■

MIT Bund,
info@mit-bund.de,
mit-bund.de

Solarpaket I: Weg frei für den schnellen Ausbau der Photovoltaik?



*Dr. Thomas Reif, of Counsel,
Diplom Volkswirt und Rechtsanwalt*



*Maximilian Erhardt,
Rechtsanwalt*

Mit dem Solarpaket I hat die Bundesregierung ein bedeutendes Gesetzespaket verabschiedet, das den Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen – sowohl auf den Dächern als auch in der Freifläche – erheblich erleichtern und beschleunigen soll. Der Ausbau von Photovoltaik wird zukünftig insbesondere auch für Unternehmen deutlich unbürokratischer gestaltet. Das Gesetzespaket wurde bereits am 16. August 2023 im Kabinett beschlossen und ist am 16. Mai 2024 schließlich in Kraft getreten. Bei dem ambitionierten Klimaziel der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der Energiewende bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu wirtschaften, soll das Solarpaket I eine zentrale Rolle spielen.

Solarenergie – Aktueller Stand und Ausblick auf die nächsten Jahre

Im Rahmen der Energiewende soll die Energieversorgung selbstverständlich insgesamt optimiert werden. Angesichts des steigenden Strombedarfs, insbesondere durch das Heizen und die immer weiter zunehmende Elektromobilität, wird die Solarenergie ein ganz wesentlicher Baustein dieses Gesamtziels sein.

Zum Jahresende 2022 waren in Deutschland insgesamt ca. 150 Gigawatt Leistung zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien installiert. Auf die Photovoltaik entfiel dabei mit 67,4 Gigawatt ein Anteil von rund 45% der installierten Gesamtleistung. Im Jahr 2023 wurden 14,3 Gigawatt Leistung durch Solaranlagen zugebaut. Mit der Gesetzesnovelle soll der jährliche Leistungszubau in 2024 über dem des Vorjahres liegen und in 2025 sogar auf 18 Gigawatt gesteigert werden. Im Jahr 2026 soll dieser Wert schließlich bei 22 Gigawatt liegen und für die Folgejahre auf diesem hohen Niveau stabilisiert werden. Dabei soll die Hälfte der angestrebten Leistung aus Freiflächen und die andere Hälfte aus Dachanlagen stammen.

Neuerungen für Photovoltaik-Projekte durch das Solarpaket I

- Nach EEG geförderter Mieterstrom ist nun auch bei rein gewerblich genutzten Gebäuden sowie auf Nebengebäuden (z. B. Garagen) möglich – ein gewisser Wohnflächenanteil im entsprechenden Gebäude ist für den Erhalt des sog. Mieter-

stromzuschlags nach §§ 21 Absatz 3, 19 Absatz 1 Nr. 3 EEG nicht mehr länger relevant. Dies gilt allerdings nicht für Bestandsanlagen, sondern ausschließlich für neu in Betrieb zu nehmende PV-Anlagen. Alle weiteren Voraussetzungen des Mieterstroms müssen wie bisher weiterhin kumulativ vorliegen. Insbesondere muss ein enger räumlicher Zusammenhang zwischen der PV-Anlage und dem Verbraucher-Gebäude gegeben sein. Auch müssen Anlagen-Betreiber, die ihren PV-Strom an Mieter veräußern, in Zukunft auf geänderte Vorgaben zur Vertragsgestaltung hinsichtlich der entsprechenden Stromlieferverträge achten.

- Durch die neu geregelte „Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“ gemäß § 42b EnWG können Mieter bei Mehrparteienhäusern künftig einfacher vom Solarstrom profitieren, indem der Anlagenbetreiber ihnen den PV-Strom direkt vor Ort zur Verfügung stellt. Eine Förderung durch den Mieterstromzuschlag ist in diesem neuen Modell allerdings nicht möglich, da die Mieter (im Gegensatz zum Mieterstrom nach EEG) für eine über den vorhandenen PV-Strom hinausgehende Versorgung selbst verantwortlich sind. Der Anlagenbetreiber liefert ausschließlich den durch PV-Anlagen erzeugten verfügbaren Strom. Dabei ist der Strombezug gemäß § 42b Absatz 1 Nr. 3 EnWG jeweils im 15-Minuten-Takt bei den Mietern zu messen.
- Um den Ausbau von PV auf Gewerbedächern weiter zu stärken, wird für größere Solaranlagen ab einer Leistung von 40 kW die Förderung („Einspeisevergütung“) um 1,5 ct/kWh angehoben. Dies erfolgt als Reaktion auf die gestiegenen Bau- und Kapitalkosten. Zudem wachsen die ausgeschriebenen Mengen für die PV-Dachausschreibung großer Anlagen auf 2,3 GW pro Jahr ab 2026. Um eine wettbewerbliche Preisbildung in diesem Segment zu unterstützen, wird nach einer Übergangszeit von einem Jahr die Anlagengröße, ab der die Teilnahme an Ausschreibungen verpflichtend ist, auf 750 kW gesenkt.
- Auch die Inbetriebnahme von PV-Anlagen auf Balkonen (sog. Balkonkraftwerke) soll für die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft wesentlich einfacher sein. Künftig entfällt eine vorherige Anmeldung beim Netzbetreiber und zugleich wurde die Registrierung im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur vereinfacht. Die Balkonanlagen dürfen übergangsweise hinter jedem vorhandenen Zählertyp betrieben werden – es werden vorerst sogar Zähler ohne Rücklaufsperrung geduldet. Die neue Gesetzeslage gestattet mit bis zu 800 Watt auch eine höhere Leistung von Anlagen dieser Art.
- Als weitere Neuerungen der Novelle wären hier noch zu nennen: der abgeschwächte administrative Aufwand für kleinere PV-Anlagen mit einer Leistung bis 30 kW, die flexiblere Stromspeichernutzung gemäß § 85d EEG und die Duldungspflichten von u. a. Grundstückseigentümern bzgl. der Leitungsverlegung im Rahmen der Installation von PV-Anlagen gemäß §§ 11a ff. EEG.

Fazit und Ausblick

Mit dem Solarpaket I hat die Bundesregierung wichtige Maßnahmen für den weiteren Ausbau der Photovoltaik umgesetzt und die Energiewende in Deutschland vorangetrieben. Anknüpfend an diese Novelle soll bereits in naher Zukunft das Solarpaket II weitere Neuerungen zu Photovoltaik-Projekten mit sich bringen.

Aufgrund der zahlreichen gesetzlichen Änderungen im Rahmen des Solarpakets I empfiehlt sich eine stets einzelfallbezogene Analyse des jeweiligen Sachverhalts und der konkreten Umstände vor Ort. Einhergehend mit einer individuell angepassten rechtlichen Beratung lassen sich Photovoltaik-Projekte so auch in Zukunft erfolgreich umsetzen. ■

Dr. Thomas Reif,
Maximilian Erhardt,
ukm@sonntag-partner.de,
sonntag-partner.de

Hidden Technology:

Sie finden uns in
Medizintechnik

Automotive

Elektronik

Architektur

Design
usw.



herz
ätzttechnik

Raus aus der Krise:

Die Unternehmensträgerstiftung (UTS) als Alternative zu bestehenden Unternehmensformen bietet eine passende Organisationsform für zweckgebundene Unternehmen!



Lothar Schneider, Vorstand der Carta Mensch Stiftung Deutschland



Klaus H. Kober, Managementberatung

Der deutsche Mittelstand, oft als Rückgrat unserer Wirtschaft gepriesen, steckt offensichtlich in einer ausweglosen Situation. Die Schlagworte sind allgemein bekannt:

- Exzessive bürokratische Prozesse behindern die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen; sie bremsen Forschung und Entwicklung aus
- Hohe Steuerlast
- Fehlende Risikokapitalkultur
- Fehlendes Fachpersonal
- Chronisch überschuldete öffentliche Haushalte, die ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können
- Immer mehr renommierte Unternehmen kehren Deutschland den Rücken.

Dieser Beitrag zeigt Perspektiven auf, wie es trotz allgemein düsterer Aussichten in unserem Land gerade für mittelständische, familiengeführte Unternehmen zukunftsfähige Wege aus diesem Dilemma gibt, die leicht zu realisieren sind und sich in anderen Ländern längst bewährt haben.

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung, steigende Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung, entkoppelte Finanzmärkte sind so immens, dass sich Unternehmer zunehmend dem originären Unternehmenszweck verschreiben,

der über die reine Erwirtschaftung von Gewinnen hinausgeht. Dabei wird das Business Purpose (= Nutzen, Zweck im engeren Sinn) gestaltet. Das damit verbundene Steward Ownership oder Verantwortungseigentum gewinnt für Gründer, Unternehmen und Investoren zunehmend an Bedeutung.

Unternehmen möchten Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein. Ihr Ziel ist es gewerblich an einer gerechteren, gesünderen, nachhaltigeren Gesellschaft zu arbeiten. Sie haben sich dem Prinzip der Triple Bottom Line verschrieben. Darunter versteht man den Ansatz, dass unter Nachhaltigkeit ein dauerhafter Ausgleich zwischen der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen Leistung angestrebt wird. Um effektiv nachhaltig zu sein, gilt es eine Balance zwischen den drei Ebenen herzustellen. Dabei hat sich im Laufe der Geschichte gezeigt, dass solche Unternehmen schneller und stabiler wachsen, sie haben engagiertere und besser bezahlte MitarbeiterInnen sowie insgesamt eine höhere Performance als traditionelle Unternehmen! Unternehmen die sich diesen Grundsätzen nicht verpflichtet fühlen, werden es künftig kaum schaffen, für ihre Produkte oder Dienstleistungen neue Märkte und Kunden zu erschließen. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der

Das Verantwortungseigentum (Steward-Ownership) mit Hilfe der Unternehmensträgerstiftung (UTS) ist die Lösung für zweckorientierte (Purpose) Unternehmen

Der Kern von Steward-Ownership ist, dass ein Unternehmen "sich selbst gehört" und existiert, um seinem Zweck zu dienen. Die Carl-Zeiss-Stiftung sorgt dafür, dass das Unternehmen nicht veräußert werden kann und Gewinne entweder reinvestiert oder dem Gemeinwohl gespendet werden.

Weitere Unternehmen haben diesen Grundgedanken übernommen. Zu den bekanntesten dieser Unternehmen zählen in Deutschland beispielsweise die Unternehmen Bosch, Mahle, ZF Friedrichshafen sowie Elobau. Im Ausland das britische Unternehmen John Lewis und der amerikanische Internetpionier Mozilla. In Dänemark sind dank besserer rechtlicher Rahmenbedingungen rund 1000 Unternehmen in Verantwortungseigentum. Dazu zählen z. B. Carlsberg, Novo Nordisk oder Lundbeck. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung von 2021 wird festgehalten, dass eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen geschaffen werden soll, um eine Gesellschaftsform für Verantwortungseigentum zu schaffen. In Amerika wird optimal der Trust eingesetzt. Wir können das ebenso mit der Treuhandstiftung in Deutschland abbilden. Wir setzen hier die Unternehmensträgerstiftung ein. Eine Stiftung die selbst ein Unternehmen führt.

Eine Unternehmensträgerstiftung erfordert keine komplizierte Gestaltung! Es gibt weder Mitglieder, Gesellschaftsanteile oder Aktien. Der zivil- und steuerrechtliche Aufwand entfällt. Stewart Ownership bedeutet dabei konkret, dass die Kontrolle (Stimmrechte) über das Unternehmen von Personen innerhalb der Organisation ausgeübt wird oder sehr eng mit ihrer Mission verbunden ist. Die Stimmrechtskontrolle in Steward-Ownership-Unternehmen ist kein verkaufsfähiges Gut. Gewinne in Steward-Ownership-Unternehmen werden als Instrument zur Verfolgung des Unternehmenszwecks verstanden und entsprechend d. h. dem Unternehmenszweck entsprechend investiert.

**Treuhand Genossenschaft
Treuhandvertrag
Unternehmensträgerstiftung**

Eine Genossenschaft als Treuhänder ist für diese Unternehmensform ideal geschaffen: Denn bei der Genossenschaft ist ebenfalls die Zweckerreichung und nicht die Gewinnmaximierung das Ziel. Die Genossenschaft kann mit drei Personen oder wenn Aufsichtsrat gewünscht wird, mit fünf Personen gegründet werden. Sie hat kein festes Kapital, durch Satzung kann aber ein Mindestkapital festgesetzt werden. Jedes Mitglied zeichnet im Sinne des § 7 Nummer 1 GenG einen oder mehrere Geschäftsanteile, auf den Einzahlungen geleistet werden müssen (Mindesteinlage). Ihre Höhe ist in der Satzung festgelegt. Mit Gründungskosten i. H. von ca. 3.000,00€ bis 4.000,00€ sollte jedoch gerechnet werden.

Bei der Treuhandstiftung entfällt das aufwendige Anerkennungsverfahren wie bei der rechtsfähigen BGB Stiftung. Die Genossenschaft wird notariell im Genossenschaftsregister angemeldet. Sie wird Mitglied bei einem Genossenschaftsverband.

Die Stiftung kann ebenfalls mit geringen Stiftungsvermögen gegründet (gestiftet) werden. Theoretisch mit 1€. Stiftet eine natürliche Person, insbesondere größere Vermögen, so besteht das Risiko einer Gläubigerpfändung und ggf. von der Geltendmachung von Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche. Nicht so bei einer juristischen Person wie einem gemeinnützigen Verein und damit braucht es nicht der üblichen Gestaltung der Schenkung an den Treuhänder mit Auflage das Stiftungsvermögen getrennt von seinem Vermögen zu verwalten. Es kann somit eine Vollrechtstreuhand vereinbart werden.

Eine Stiftung gehört sich selbst. Sie hat keine Gesellschafter, keine Mitglieder und keine Aktionäre. Die Gewinne bleiben im Unternehmen. Auf diese Weise entsteht eine starke Innenfinanzierung.

Die Genossenschaft erhält für ihre Tätigkeit als Treuhänder eine Treuhandgebühr. Sie selbst ist nicht gewerblich tätig (Insolvenzschutz), kann aber mit Schulungen, Seminaren und ähnlichen Aktivitäten die Stiftung unterstützen. Sie steuert das operative Geschäft. Dieses kann aber auch durch einen oder mehrere Stiftungsräten (Geschäftsführern) auf die Stiftung übertragen werden.

Bei der Genossenschaft und bei der Stiftung besteht zu 100% Pfändungsschutz.

Z . B . F O R M E L 1

WIR FAHREN MIT UM PLATZ 1

Dichtungen
für höchste
Anforderungen
und extreme
Betriebs-
bedingungen

GFD · Gesellschaft für Dichtungstechnik mbH
Hofwiesenstr. 7 · D-74336 Brackenheim
Telefon (0 71 35) 95 11-0 · Fax 95 11-11
info@gfd-dichtungen.de · www.gfd-dichtungen.de

© wab.bruder

Die Stiftung ist erbschaftsteuerfrei (BFH Urteil vom 25.1.2017-II R26/16). Bei der Genossenschaft unterliegt nur der Genossenschaftsanteil der Erbschaftsteuer, aber nur zum Nominalwert. Stille Reserven werden nicht aufgedeckt. Sie hat noch weitere Steuervorteile.

Weitere wirtschaftliche Vorteile:

- Auseinandersetzungen auf Gesellschafterebene, insbesondere Erbstreitigkeiten werden vermieden.
- Bei einer Stiftung gibt es keine steuerschädlichen verdeckten Einlagen oder Entnahmen. Ebenso bei der Genossenschaft bei richtiger Satzungsgestaltung.
- Beide Unternehmen erstellen Jahresabschlüsse und sind Körperschaftssteuer- und Gewerbesteuerpflichtig (15 % Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag und je nach Hebesatz der Gemeinde ca. 18 % Gewerbesteuer). Jedoch keine Gewerbesteuer z. B. bei Land- und Forstwirtschaft, reiner Vermögensverwaltung etc.
- Die Möglichkeit der Finanzierung mit Fremdkapital über den Treuhänder mittels Darlehensaufnahme, aber auch über Genussrechte oder Stille Gesellschaften sind möglich etc.
- Es besteht keine Wegzugsbesteuerung.

Fazit

Auch wenn der formelle Aufwand mit zwei Unternehmen zunächst hoch erscheint, überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile eindeutig.

Es entsteht eine Solidaritäts- und Vertrauenskultur, woraus eine Form der Entwicklungsgemeinschaft sowie ganzheitlichen Partnerschaft entstehen kann, die ihrerseits wiederum bislang ungenutzte Potenziale freisetzt. Geschäftspartner können über die Genossenschaft involviert werden.

Da die Gewinne im Unternehmen bleiben ist es je nach Unternehmenszweck und -kultur möglich das Thema Work-Life-Balance mit interessanten Konditionen zu gestalten.

Dieser Weg steht auch bei Unternehmensneugründungen, der Unternehmensnachfolge, Sanierungen, Umwandlungen zur Verfügung; gleiches gilt für Treuhand-Familienstiftungen.

In diesem neuen Wirtschaftssystem haben Solidarität, Wirtschaftsethik, Entrepreneurship, Corporate Volunteering, Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship etc. ihren Platz.

Anmerkung:

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein. ■

Lothar Schneider,
lothar.schneider@carta-mensch.de,
carta-mensch.de,
Klaus H. Kober,
kkober@kober-management.de

HIGH-END PRÄZISION AUS SCHRAMBERG

Die PIT Präzisionstechnik und Handels GmbH ist als Drehteilehersteller ein leistungsstarkes, mittelständisches Unternehmen mit zwei Werken, das auf die Bau-, Medizin-, eBike- und Automobilindustrie spezialisiert ist.



+30
Jahre Erfahrung



+40
Mitarbeiter



4000m²
Produktionsfläche



PIT - Production in Time | Zerspantechnik und Handels GmbH
Dr. – Konstantin – Hank - Str. 16 | 78713 Schramberg - Sulgen
Telefon 07422 23614 | Telefax 07422 23514 | info@productionintime.com www.productionintime.com

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

AUDAX-Keck GmbH
audax.de

BELLE AG
BELLEAG.de

Bernhard Müller Betonsteinwerk GmbH
beton-mueller.de

Lothar Bix GmbH
bix-lackierungen.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG
claus-gebaeudereinigung.de

DIENER & RAPP GmbH &
Co. KG Eloxalbetrieb
dienerrapp.de

ELGO Electronic GmbH & Co.KG
elgo.de

Martin Fink GmbH & Co. KG
fink-plexiglas.de

Genthner GmbH System Technologie
genthner.com

GFD Gesellschaft für
Dichtungstechnik GmbH
gfd-dichtungen.de

Ätztechnik Herz GmbH & Co. KG
aetztechnik-herz.de

Hinz GmbH Maschinenbauteile
hinz-mbt.de

Industriebau Bönningheim GmbH & Co.KG
ibb-boennigheim.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH
kammerer-gewinde.com

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
kaercher-tresorbau.de

Kierdorf & Söhne GmbH
kierdorf-soehne.de

Gebr. Lotter KG Handelsunternehmen
lotter.de

klartext: von pekker!
pekker.de

PIT Production in Time Zerspantechnik u.
Handels GmbH
productionintime.com

Probst - Spedition GmbH
spedition-probst.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG
gebrueder-rueckert.de

Sixt GmbH Werkzeugbau u. Stanzerei
sixt-gmbh.de

Gebr. Zimmermann GmbH
felswerk.de

Termin- und Direktverkehre
von und nach Bayern.

www.spedition-probst.de

MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm

www.mit-alb-donau-ulm.de

MIT Baden-Baden/Rastatt

www.mittelstand-bad-ra.de

MIT Biberach

www.mit-bc.de

MIT Böblingen

www.mit-boeblingen.de

MIT Bodenseekreis

www.mit-bodenseekreis.de

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de

MIT Calw/Freudenstadt

www.mit-cw-fds.de

MIT Emmendingen

www.mit-emmendingen.de

MIT Esslingen

www.mit-esslingen.de

MIT Freiburg

www.mit-freiburg.de

MIT Göppingen

www.mit-gp.de

MIT Heidelberg

www.mit-heidelberg.de

MIT Heidenheim**MIT Heilbronn**

www.mit-heilbronn.de

MIT Hohenlohe

www.mit-hohenlohe.de

MIT Karlsruhe

www.mit-karlsruhe.de

MIT Karlsruhe Land

www.mit-karlsruhe-land.de

MIT Konstanz

www.mit-konstanz.de

MIT Lörrach**MIT Ludwigsburg**

www.mit-ludwigsburg.de

MIT Main-Tauber-Kreis

www.mit-main-tauber.de

MIT Mannheim

www.mit-mannheim.de

MIT Neckar-Odenwald

www.mit-neckar-odenwald.de

MIT Ortenau

www.mit-ortenau.de

MIT Ostalb

www.mit-ostalb.de

MIT Pforzheim

www.mit-pforzheim.de

MIT Ravensburg

www.mit-ravensburg.de

MIT Rems-Murr

www.mit-remsmurr.de

MIT Reutlingen

www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen

MIT Rhein-Neckar

www.mit-rhein-neckar.de

MIT Rottweil

www.mit-rottweil.de

MIT Schwarzwald-Baar

www.mitsbk.de

MIT Sigmaringen

www.mit-sigmaringen.de

MIT Stuttgart

www.mit-stuttgart.de

MIT Tübingen**MIT Tuttlingen****MIT Waldshut****MIT Zollernalb**

www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden

www.mit-nordbaden.de

MIT Nordwürttemberg

www.mit-nordwuerttemberg.de

MIT Südbaden

www.mit-suedbaden.de

MIT Württemberg-Hohenzollern

www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg

www.mit-bw.de

MIT Bund

www.mit-bund.de

Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum. Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim
Telefon 07154 8025-140,
wifo@mit-lvbw.de,
www.mit-bw.de

Auflage: 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

Redaktion Wirtschaftsforum:

verantwortlich im Sinne des Presserechts
Dr. Bastian Atzger (MIT BW)
wifo@mit-lvbw.de

Verantwortlicher Redakteur:

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

Verlag und Vertrieb:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
Telefon 07571 7404-0
wifo@kaanmedia.de,
www.kaanmedia.de

Bildnachweise:

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Pixelio, Adobe Stock und MIT Bund.

Landesgeschäftsstelle:**Mitgliederverwaltung:**

Martina Kuttner
kuttner@mit-bw.de
07154 8025 – 144
Mo, Mi und Fr von 8-12 Uhr

Wirtschaftsforum:

Carolin Göggelmann
goeggelmann@mit-bw.de
07154 8025-145
Mo bis Do von 8-12 Uhr

Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit:

Manfred Nagel
nagel@mit-lvbw.de
0711 3412726
0170 3369229

Aufnahmeantrag



Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Mitgliedsnummer	LV/KV	Kriterium
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname		Geburtsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail-Adresse		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Beruf		Firma
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Berufliche Tätigkeit		Eintrittsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>

- Selbstständig Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
- Nicht selbstständig Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des MitgliederMagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.
- CDU-Mitglied
- Parteilos

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unterschrift des Neumitglieds	Geworben von	Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahme spende von folgendem Konto abzubuchen:

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Kontoinhabers	Gläubiger-ID	BIC
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	IBAN	
Die Aufnahme spende für meinen	Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ €	
<input type="checkbox"/> Kreisverband <input type="checkbox"/> Landesverband <input type="checkbox"/> Bundesverband	(Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)	
beträgt einmalig _____ €		

Unterschrift Kontoinhaber

Jetzt Mitglied werden!

MIT im Dialog.

**Schreiben Sie uns
Ihre Meinung!**

z. B. zu unseren Forderungen an die Landesregierung, zur uns belastenden Bürokratie und zu unseren Erwartungen an die Wirtschaftspolitik!

wifo@mit-lvbw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG